

Einwohnerrat

Sitzungsprotokoll vom 28. September 2017

Vorsitz:	Marianne Tribaldos, Einwohnerratspräsidentin
Anwesende Mitglieder:	36 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Auskunftspersonen:	Christoph Hofstetter, Stadtschreiber Marc Lindenmann, Leiter Abteilung Finanzen
Protokollführung:	Stefan Wiedemeier, Vizestadtschreiber
Entschuldigt:	Ilkay Ergeneli Prof. Martin Killias Erich Renfer Stefan Zantop
Zeit:	19.30 Uhr bis 22.50 Uhr
Ort:	Aula des Schulhauses Lenzhard

Traktanden

- 1 Mitteilungen
- 2 Zusicherung des Gemeindebürgerrechts
- 3 Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung; Umsetzung Kinderbetreuungsgesetz; Erlass des Kinderbetreuungsreglements und befristete Projektstelle
- 4 Budget 2018
- 5 Aufgaben- und Finanzplanung 2018 bis 2022; Kenntnisnahme
- 6 Niederlenzer Kirchweg, Sanierung Kanalisation; Verpflichtungskredit
- 7 Hintere Kirchgasse, Sanierung Teil Süd; Verpflichtungskredit
- 8 Reglement über die Gebühren in Brandschutzangelegenheiten, für Feuerungskontrolle und Feuerschau; Revision
- 9 Feuerwehr; Reglement über die Entschädigung von Einsatzkosten der Feuerwehr Lenzburg-Ammerswil-Staufen (Gebührenreglement); Revision
- 10 Lichtsignalanlage Ringstrasse West/Zeughausstrasse; Kreditabrechnung
- 11 Umfrage

V e r h a n d l u n g e n :

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Sehr geehrte Damen und Herren des Einwohnerrats und des Stadtrats, hiermit begrüsse ich Sie herzlich zur 20. Sitzung des Einwohnerrats der laufenden Legislatur.

Ein heisser Sommer liegt hinter uns und wieder beginnt ein hoffentlich schöner Herbst. Es gab viele interessante Ereignisse in Lenzburg: Kurz vor dem Jugendfest den Besuch des Bundesrats, das Gauklerfestival, die Musikalischen Begegnungen, der Mittelaltermarkt und am letzten Wochenende das Zentralschweizerische Jungtambouren- und Jungpfeiferfest. An letzterem haben mich nicht nur die vielen engagierten Kinder und Jugendlichen beeindruckt, sondern

auch, wie eine Tradition mit einem historisch gesehen kriegerischen Hintergrund zu etwas so Friedlichem und Fröhlichem werden konnte. Unsere kleine Stadt hat dieses Fest organisatorisch souverän bewältigt, herzlichen Dank.

Ich gratuliere unserem neuen Stadtrat Andreas Schmid zur Wahl und wünsche ihm viel Erfolg und Freude in seinem neuen Amt. Natürlich gratuliere ich auch unseren bisherigen Stadträten zur überzeugenden Wiederwahl.

Auch Schulpflegewahlen haben stattgefunden, und ich gratuliere auch hier im Namen des Einwohnerrats zu den Ergebnissen.

Ich habe mir auch wieder die historischen Daten von gestern, heute und morgen angesehen und stelle fest, dass ich mit meinem Konzept ein Problem habe. Die Einwohnerratssitzungen finden nämlich immer ungefähr am selben Tag statt. So stehe ich vor der Wahl, mich auf Ihr schlechtes Gedächtnis zu verlassen und dasselbe wie letztes Jahr nochmal zu sagen oder mich auf Daten zu beschränken, die weniger wichtig sind. Entscheiden Sie selbst, was ich getan habe. Am 27., 28. und 29.9. fanden folgende Ereignisse statt:

- 48 v. Chr.: Der nach Ägypten geflohene römische Feldherr Pompeius wird von Höflingen des Königs Ptolemaios bei der Landung in Ägypten ermordet.
- 1874: Das erste Fussballspiel in Deutschland wird in Braunschweig von Gymnasiasten ausgetragen. Das ist die Geburtsstunde des Fussballs auf dem europäischen Festland.
- Noch etwas aus der Wissenschaft: 1928 machte der Bakteriologe Alexander Fleming eine wichtige Entdeckung, die zur Entwicklung des Penicillins führte.
- 1954: In Genf wird von zwölf europäischen Staaten die europäische Organisation für Kernforschung (CERN) gegründet.

So, das ist jetzt genug der Vorrede. Zeit, mit der Tagesordnung zu beginnen.

Ich begrüße Sie nochmals herzlich zur 20. Sitzung des Einwohnerrats der laufenden Legislatur. Ebenfalls einen herzlichen Gruss und Dank für die Arbeit an unser Ratsbüro und besonders an Stefan Wiedemeier, weil er so gut aufpasst, dass alles seine Richtigkeit hat. Auch unseren Ratsweibel, Marcel Wattering, begrüße ich herzlich und danke ihm für die Arbeit. Ebenfalls begrüße ich die Auskunftspersonen Christoph Hofstetter, Stadtschreiber, sowie Marc Lindenmann, Leiter Abteilung Finanzen, und natürlich die Damen und Herren von der Presse: Ruth Steiner und Pascal Meier von der Aargauer Zeitung sowie Fritz Thut vom Lenzburger Bezirks-Anzeiger. Ein weiterer herzlicher Gruss geht an unsere Gäste auf der Tribüne.

Die Traktandenliste und die Unterlagen sind Ihnen rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist somit eröffnet.

1 Mitteilungen

1. Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom 18. Mai 2017 wurde Ihnen am 7. September 2017 entweder per E-Mail oder mit den übrigen Einwohnerratsunterlagen für die heutige Sitzung zugestellt. Das Protokoll unserer Sitzung vom 29. Juni 2017 ist noch in Bearbeitung.

2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Einwohnerratsbeschlüsse vom 29. Juni 2017 sind, soweit sie dem fakultativen Referendum unterlagen, am 7. August 2017 in Rechtskraft erwachsen.

3. Neueingänge

Eingereicht wurde eine Motion der FDP betreffend Gesundung des Finanzhaushalts der Stadt Lenzburg. Diese Motion wird Ihnen im Verlaufe der Sitzung ausgeteilt.

Text der Motion:



Lenzburg, 28. September 2017

Motion

Gesundung des Finanzhaushaltes der Stadt Lenzburg

Ausgangslage:

Das vorliegende Budget 2018 weist für das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit ein Defizit von CHF 1'457'500 aus. Es stellt eine besorgnisweckende Steigerung gegenüber dem Budget 2017 und der Rechnung 2016 dar. Die Höhe des Defizits

wird darüber hinaus noch geschont mit einer zusätzlichen Dividendenausschüttung der städtischen SWL Energie AG. Ohne diese Entnahme aus deren Überschuss wäre das Defizit nahezu CHF 2 Mio.

Mit Recht weist der Stadtrat auch selbst auf die sehr tiefe Eigenfinanzierung, welche uns ebenfalls grosse Sorgen macht.

Auch im Budget 2018 ist eine weitere Aufstockung der Stellenprozente innerhalb der Verwaltung vorgesehen, obwohl dies in den vergangenen Jahren von mehreren Fraktionen der Legislative jeweils beanstandet wurde. Investitionen in IT und in Softwarelösungen wurden jeweils mit dem Potential einer Produktivitätssteigerung begründet. Zumindest aus dem Stellenplan ist diese Steigerung nicht ersichtlich.

Im Weiteren stellen wir fest, dass der Finanzplan einen Stau von dringenden Vorhaben enthält. Die meisten Vorhaben erfuhren in den letzten Jahren mehrfach eine Verschiebung um ein Jahr.

Beurteilung

All diese Feststellungen weisen auf ein ernsthaftes strukturelles Problem hin, welches die Stadt in ihrem Handlungsspielraum wesentlich einschränkt und die Lösung wichtiger Infrastrukturaufgaben zum Wohl unserer Bevölkerung nahezu verunmöglicht.

Mit Sorge beobachten wir die zusätzliche Dividendenausschüttung aus den SWL Energie AG. Sie schränkt die Investitionsfähigkeit des Unternehmens in zukünftige Technologien und Tätigkeitsfelder ein. Oder sie verhindert die Weitergabe von Preisreduktionen an die Kunden, womit die Dividendenentnahme einer versteckten Steuer gleichkäme. Längerfristig macht uns Sorge, dass der gewinnbringende Teil des Geschäftsmodells der SWL insbesondere das Geschäft mit Erdgas ist. Es ist absehbar, dass dieses Geschäft mit einem nicht erneuerbaren Energieträger auf Grund der Energiestrategie der Eidgenossenschaft mittelfristig unter Druck kommt.

Zielsetzung

Die Lösung der strukturellen Probleme in der Stadtverwaltung ist dringend notwendig, um folgende Ziele zu erreichen:

- Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit muss ausgeglichen bis positiv sein
- Die Eigenfinanzierung muss mindestens 100 % betragen

Begehren

Aus unserer Sicht ist kein strukturiertes Vorgehen seitens des Stadtrates ersichtlich, um das selbst angestrebte Haushaltsgleichgewicht sicherzustellen. Vielmehr wird durch Vermögensverzehr, Schwächung stadteigener Unternehmen sowie Aufschub von Investitionen einzig das kurzfristig Machbare angestrebt.

Aus diesem Grund fordern wir eine strukturierte Analyse aller Dienstleistungen und Prozesse, der Organisation der Einwohnergemeinde sowie die Erarbeitung verschiedener Massnahmenpakete. Dies mit dem Ziel, die mittelfristige Stabilisierung respektive Gesundheit des Finanzhaushalts der Stadt zu erreichen sowie

nachhaltig zu sichern. Dieser Prozess soll dabei keine reine Sparübung sein, sondern für Transparenz sorgen und damit die Prosperität der Stadt unterstützen bzw. weiter fördern. Zusätzlich fordern wir Sofortmassnahmen für das Budget 2018.

Konkret fordern wird den Stadtrat deshalb auf:

1. Bis zur ersten Sitzung des Einwohnerrats im Jahr 2018 soll ein Projektbeschrieb mit Auftrag, Organisation und Prozess sowie entsprechendem Zeitplan ausgearbeitet werden. Die Eckpunkte des Projekts sind:
 - a. Das Projekt soll die gesamte Verwaltung mit allen Abteilungen inkludieren
 - b. Das Projekt beinhaltet die Auflistung und nachfolgende Analyse der bisher durch die Einwohnergemeinde erbrachten Dienstleistungen sowie deren Prozesse hinsichtlich Effizienz, Effektivität. Dadurch soll die aktuelle Situation transparent aufgezeigt werden.
 - c. Unter Einbezug externer Expertisen wie auch eGovernment Lösungen sollen im nächsten Schritt die Potentiale für Optimierungen/Effizienzsteigerungen in der Verwaltung aufgezeigt und entsprechende Massnahmenpakete erarbeitet respektive vorgeschlagen werden.
 - d. Das Projekt soll im Weiteren den Fokus auf eine generelle Aufgabenüberprüfung (bspw. zwingend/nicht zwingend Gemeindeaufgabe) inkl. Überprüfung der angewandten Standards beinhalten.
 - e. Das Projekt soll die Überprüfung der aktuellen Verwaltungsorganisation beinhalten. Dies ebenfalls mit dem Ziel zusätzlicher Effizienzgewinne
 - f. Das Projekt soll Massnahmen aufzeigen, welche gestützt auf einer Erhebung der bestehenden Handlungsspielräume und Potentiale kurzfristig bestehen
 - g. Das Projekt soll ebenfalls Potentiale für Mehreinnahmen aufzeigen, welche durch Dienstleistungen für Dritte bestehen
 - h. Zusammen mit diesem Bericht unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat einen Vorschlag über die zu ergreifenden Massnahmen, um die genannten Ziele zu erreichen
 - i. Die erarbeiteten Massnahmenpakete sollen im Budget 2019 sowie nachfolgende einfließen
 - j. Ausarbeitung eines «worst Case» Szenarios mit folgenden Annahmen:
 - i. Keine zusätzliche Entnahme von Dividenden der SWL Energie AG
 - ii. Höhere Zinsen (3 % und 5 %)
 - iii. Tiefere Mietzinseinnahmen (Einbruch Immobilienmarkt)
2. Der Abschlussbericht zum Projekt ist dem Einwohnerrat bis Ende Juni 2018 zuzustellen
3. Bis zur ersten Sitzung des Einwohnerrats im Jahr 2018 soll ein Szenario mit einzelnen Massnahmenpaketen aufgezeigt werden, wie im Rechnungsjahr 2018 das strukturelle Defizit vermieden wird. Konkret erwarten wir für 2018:
 - a. Einsparungen durch Verzicht/Kürzung von Ausgaben durch Setzen entsprechender Prioritäten (Verzichtsprioritäten) mit einem Stellenplan auf dem Niveau 2017 oder tiefer.

- b. Eine Richtlinie zur Vermeidung/Begrenzung von Zeitarbeit (Dienstleistungen Dritter, Honorare...) als Ersatz von nicht bewilligten Stellenprozente
- c. Mehreinnahmen aus Dienstleistungen (nicht aus zusätzlichen Steuerprozente)
- d. Strukturelle Massnahmen zur Produktivitätssteigerung

Francis Kühlen
Einwohnerrat

Adriano Beti
Einwohnerrat

Mitunterzeichnende: Sven Ammann, Tobias Ammann, Heiner Cueni, Beat Hiller, Adrian Höhn, Andreas Schmid, Stephan Weber, Urs Willener

4. Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Personen entschuldigt:

Prof. **Martin Killias**; er wird heute in Münster/Westfalen mit einem Preis ausgezeichnet, was seine Anwesenheit dort erfordert. Wir gratulieren herzlich.

Ilkay Ergeneli; sie befindet sich in den Ferien.

Ebenso in den Ferien ist **Stefan Zantop**. Wir wünschen ihnen gute Erholung.

Erich Renfer musste sich wegen eines Trauerfalls in der Familie entschuldigen.

Ebenfalls mussten sich Luca Pibiri (Ferien) und Djellza Bahtiji (Ferienlager) entschuldigen. Wir werden ja heute über ihre Gesuche betreffend Zusicherung des Gemeindebürgerrechts befinden.

5. Stimmzähler

Wegen der Abwesenheit von Ilkay Ergeneli müssen wir für die heutige Sitzung einen Ersatzstimmzähler wählen. Ich schlage Remo Keller vor. Falls irgendjemand aus dem Rat etwas dagegen hat, möge er sich jetzt melden oder für immer schweigen. Da dies keiner tut, betrachte ich Remo Keller als in stiller Wahl gewählt und bitte ihn, hier vorne Platz zu nehmen.

Reservesitzung vom 2. November 2017

Wenn wir es heute nicht schaffen, alle Geschäfte abzuwickeln, würde dies in der Novembersitzung geschehen plus zwei weitere Geschäfte. Falls wir aber

heute alles abarbeiten, fällt die Sitzung vom 2. November aus. Nun weiss ich nicht genau, was Ihnen besser gefällt: Möchten Sie "schulfrei" oder doch lieber tagen? An mir soll es nicht liegen; ich werde die Sitzung zügig leiten.

2 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wir entscheiden heute über acht Einbürgerungsgesuche. Ich bitte die anwesenden Personen kurz aufzustehen, wenn ich ihre Namen aufrufe...

Sprecher der Einbürgerungskommission ist Andreas Schmid (FDP): Von der Schweiz aus betrachtet, haben wir heute Einbürgerungsgesuche aus allen Himmelsrichtungen. Vor uns liegen Gesuche von Staatsangehörigen aus Deutschland, Ungarn, Kosovo, Italien und Portugal. Liebe Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller, Sie mussten für das Einbürgerungsgespräch viel über die Schweiz lernen, damit sie unsere Fragen beantworten konnten. Nun dachte ich mir, wir drehen die ganze Situation einmal um und nutzen die Zeit, um etwas über Ihren Heimatstaat zu lernen.

Deutschland: Haben Sie gewusst, dass es in Deutschland bereits seit dem 19. Jahrhundert ein Gesetz gibt, welches aussagt, dass der natürliche Freiheitstrieb des Menschen geschützt und somit auch die Flucht aus einem Gefängnis straffrei ist? Straftaten, welche jedoch auf resp. während der Flucht begangen werden, sind natürlich nicht straffrei.

Ungarn: Wer kennt ihn nicht, den Würfel mit den 26 farbigen Steinen, welche man drehen kann, mit dem Ziel, alle Farben schön auf jeder Seite anzuordnen? Dieser Würfel stammt aus Ungarn und wurde vom ungarischen Bauingenieur Ernő Rubik erfunden. Aus diesem Grund heisst er auch Rubikwürfel. Mit diesen 26 Steinen gibt es insgesamt 43 Trillionen Möglichkeiten, wie der Würfel zusammengesetzt werden kann, und 2015 (kaum zu glauben, aber ich habe es so gelesen) hat es ein Amerikaner geschafft, den Würfel innerhalb von 4,9 Sekunden zu ordnen.

Kosovo: Hier habe ich auch Spannendes erfahren: In den 80er Jahren hat Kosovo 40 Millionen Liter Wein nach Deutschland exportiert. Dies ist gleichviel, wie die Schweiz jedes Jahr an Weisswein produziert. Weiter habe ich gelesen, dass es damals kein Fest ohne Wein aus dem Kosovo gab.

Italien: Der durchschnittliche Italiener isst im Jahr 26 kg Teigwaren. Aus politischer Perspektive ist interessant, dass es seit dem 2. Weltkrieg ungefähr 60 Mal einen Führungswechsel auf politischer Ebene gab.

Portugal: Der Fussballclub Benfica Lissabon ist der zweitgrösste Fussballverein der Welt. Er liegt direkt hinter dem FC Bayern-München, welcher 270'000 Mitglieder zählt. Der FC Benfica Lissabon hat 248'000 Mitglieder. Beide liegen mit grossem Abstand vor dem drittplatzierten FC Barcelona mit 143'000 Mitgliedern.

Liebe Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller, vielleicht haben auch Sie - wie wir Einwohnerräte - noch etwas über Ihr Heimatland gelernt. Was wir jedoch auch wissen, und jetzt spreche ich für die Einbürgerungskommission, ist, dass Sie sehr viel über die Schweiz wissen, und wir wissen, dass Sie bestens integriert sind. Darum empfiehlt die Einbürgerungskommission und die FDP-Fraktion, allen Gesuchstellern das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zuzusichern.

Dies ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum roten Pass; er bringt aber auch eine grosse Verantwortung mit sich. Als Schweizer erhalten Sie nämlich die Möglichkeit, die Entwicklung der Stadt Lenzburg, des Kantons Aargau, aber auch unseres Landes mitzubestimmen. Ihnen wird das Privileg zugetragen, ein weltweit einzigartiges Staats- und Politsystem mitzutragen und mitzuwirken, dieses weiter zu entwickeln. Sie erhalten politische Rechte, welche es nirgendwo auf der Welt gibt. Aus diesem Grund fordere ich Sie an dieser Stelle auf: Nutzen Sie die Rechte, welche Sie erhalten. Nehmen Sie an den Abstimmungen teil und wählen Sie. Wer weiss, vielleicht sitzen Sie sogar irgendwann hier in diesem Rat. Es stehen viele politische Geschäfte an, bei denen jede Meinung und Stimme zählt. Weiterhin ist beispielsweise die Finanzierung unserer Altersvorsorge ein Thema. Die Zukunft der bilateralen Verträge ist auch ein wichtiges Thema. Ich zähle auf Sie.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Andreas Schmid. Die Diskussion ist offen. Wünscht jemand das Wort? Wenn die Diskussion nicht gewünscht wird, komme ich zu den Abstimmungsfragen.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos erläutert das weitere Vorgehen.

Abstimmung

Grossmehrheitlich beschliesst der Einwohnerrat, über die Einbürgerungsgesuche in globo und geheim abzustimmen.

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Gemeinderats vom 2. August 2017 wird in geheimer Abstimmung sämtlichen Gesuchstellenden das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zugesichert.

Diese Beschlüsse unterliegen nicht dem fakultativen Referendum.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Der Einwohnerrat hat somit sämtliche Gesuche gutgeheissen. Ich gratuliere allen Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern herzlich zur Erlangung des Gemeindebürgerrechts von Lenzburg. Es freut mich, dass Sie diese Hürde auf dem schwierigen Weg zur Einbürgerung erfolgreich genommen haben. Auswandern und sich in einem anderen Land neu zu orientieren, ist ein schwieriger und wahrscheinlich lebenslanger Prozess, der viele Kleinigkeiten beinhaltet. Oftmals war es ja gar keine gezielte Handlung: das Elternhaus, ein Zufall, eine sich bietende Chance, alles kann da eine Rolle gespielt haben. Aber dann wollte man sich entscheiden. Sie haben sich für die Schweiz und Lenzburg entschieden. Ich wünsche Ihnen auf dem weiteren Weg alles Gute.

Unsere direkte Demokratie bietet die Möglichkeit, am politischen Leben unserer Stadt teilzunehmen, und ich hoffe, dass Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen; im Einzelfall natürlich erst, sobald Sie das dafür notwendige Alter erreicht haben. Herzlichen Glückwunsch. (Applaus)

3 Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung; Umsetzung Kinderbetreuungsgesetz; Erlass des Kinderbetreuungsreglements und befristete Projektstelle

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Beim Thema Kinderbetreuung merke ich besonders deutlich, wie der gesellschaftliche Wandel voranschreitet. Vieles, was heute normal ist und sogar vom Kanton vorgeschrieben wird, ist jahrzehntelang umkämpft gewesen. Deshalb eröffne ich jetzt mit besonderem Interesse die Beratung zum Traktandum 3, Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung; Umsetzung Kinderbetreuungsgesetz; Erlass des Kinderbetreuungsreglements und befristete Projektstelle. Dank der Informationsveranstaltung am 18. September 2017 ist, wie ich annehme, der Rat zu diesem Thema wohlunterrichtet.

GPFK-Sprecher ist Daniel Blaser (CVP): In dieser Vorlage geht es um zwei Entscheidungen: Zum einen über den Erlass des Kinderbetreuungsreglements, zum andern um die auf 21 Monate befristete Projektstelle mit 60 Stellenprozenten. Über das Elternbeitragsreglement muss bekanntlich vom Einwohnerrat nicht abgestimmt werden, dieses liegt in der Kompetenz des Stadtrats.

Zum Kinderbetreuungsreglement: Bereits im August 2016 ist das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung in Kraft getreten. Die Gemeinden haben bis zum Schuljahresbeginn 2018/19 diesen Erlass umzusetzen. Dies soll nun mit dem Kinderbetreuungsreglement geschehen. Die Vorlage führte in der GPFK zu keiner nennenswerten Diskussion; nur ein paar Verständnisfragen wurden gestellt. Auch wurde auf die fehlende Kapazität bei den Tagesstrukturen (vor allem dienstags) hingewiesen. Die GPFK empfiehlt dem Einwohnererrat einstimmig, die Vorlage anzunehmen.

Zur beantragten befristeten Projektstelle von 60 %: Die Projektstelle soll für die Umsetzung des Subventionierungssystems geschaffen und nach beendeter Frist mit tendenziell weniger Stellenprozenten weitergeführt werden. In der Stadtverwaltung Stellenprozente zu erhöhen, löst praktisch immer Diskussionen aus. Zum einen investieren wir viel Geld und Zeit in Software, welche den Arbeitsprozess optimieren und die Effizienz steigern soll, und zum andern verzeichnen wir ein Bevölkerungswachstum, das administrativ auch bewältigt werden muss. Nicht zur Diskussion stand, dass ein Projektstart mehr Arbeit bedeutet, dass diverse neue Formulare und Abläufe erstellt und bestehende Abläufe überprüft werden müssen. Mehrheitlich vertritt die GPFK aber die Meinung, dass diese Arbeiten mit den bestehenden Ressourcen bewältigt werden müssen und dass für den Aufwand respektive für die Dauer von 21 Monaten 60 Stellenprozente zu grosszügig berechnet wurden. Beim beantragten Pensum und der geplanten Dauer würde dies bedeuten, dass insgesamt 240 Arbeitstage für die rund 80 Kinder zur Verfügung gestellt werden, dies entspricht drei Arbeitstagen oder 25,5 Stunden Aufwand pro Kind. Eine Minderheit der GPFK gab aber auch zu bedenken, dass einige Abteilungen der Stadtverwaltung bereits seit längerer Zeit überlastet sind und nicht wissen, wie sie ihre Arbeit mit den bestehenden Stellenprozenten gewissenhaft und sauber bewältigen sollen. Fehlt es an Ressourcen, kann die Qualität darunter leiden. Vor allem im Bereich Soziale Dienste, die nicht nur für die Betreuung zuständig sind, sondern auch administrative Tätigkeiten, beispielsweise Rückforderungen, erledigen müssen. Es kam auch zur Sprache, dass es eine Führungsaufgabe ist, häufiger zu prüfen, ob das gesamte Aufgabenvolumen der Stadtverwaltung (unter Berücksichtigung von Prioritäten) mit dem Stellenplan übereinstimmt und ob in gewissen Abteilungen Effizienzsteigerungen erwirkt werden könnten.

Mit 4 zu 5 Stimmen empfiehlt die GPFK dem Einwohnerrat die Ablehnung der Projektstelle, die für die Umsetzung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung beantragt wurde. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Daniel Blaser. Die Diskussion ist offen. Wem darf ich das Wort erteilen?

Franck Robin (SP): Wie vorhin gehört, geht es um zwei Themen.

1. Kinderbetreuungsreglement: Wir verstehen das Reglement als Strategiepapier, das wichtige Zielsetzungen definiert. Diese Zielsetzungen sind voll und ganz in Übereinstimmung mit den Zielen der SP. Dies sind Themen wie Vereinbarkeit von Familienarbeit, gesellschaftliche und sprachliche Integration, Chancengleichheit und Standortattraktivität von Lenzburg. Aus unserer Sicht ist das Reglement gut durchdacht und ausgewogen. Es unterstützt Familien in der unteren und mittleren Einkommensklasse. Die Tagesstrukturen erhalten keine Pauschalbeiträge mehr. Mit einer subjektorientierten Subventionierung können bedürftige Familien gezielt unterstützt werden.

Beim Kinderbetreuungsreglement möchten wir auf einen Punkt hinweisen: Die Kostenbeiträge der Eltern werden markant erhöht. Wenn wir die Zahlen, die uns auch am Informationsabend gezeigt wurden, anschauen, wird eine Steigerung von bis zu 75 % auf die Eltern zukommen. Umgerechnet entspricht dies bis zu Fr. 3'500.– pro Jahr Mehrkosten. Für Familien mit geringerem Einkommen ist dies viel Geld. Hier stellt sich aus unserer Sicht die Frage, ob Lenzburg in Zukunft zum Mittelfeld gehören soll oder ob wir nicht weiterhin attraktiv sein wollen, dies als strategische Zielsetzung. Diese Frage können wir nicht im Kinderbetreuungsreglement lösen, sondern müssen darüber im Rahmen der Budgetdiskussion entscheiden. Vielleicht haben wir heute Abend auch die Chance, später dazu Stellung zu nehmen. Die SP unterstützt im Grossen und Ganzen das Kinderbetreuungsreglement und wird diesem zustimmen.

2. Befristete Projektstelle: Die SP unterstützt die Projektstelle. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass das Projekt sauber aufgeführt wird. Wir haben in der Vorlage wie auch am Infoabend gesehen, dass das Vorhaben komplex ist; es gibt viele Akteure oder wie man heute sagt, Stakeholders. Die Sozialen Dienste, die Abteilung Finanzen und das Steueramt sind involviert. Wir sehen die Projektstelle als Investition in die Zukunft. Wir haben die Situation, dass anfangs die Kosten etwas höher liegen, aber wir haben auch die Chance, anschliessend dank guter Organisation die Betriebskosten niedrig zu halten. Es besteht die Chance, mit der Projektstelle saubere Prozesse zu definieren und aufzugleisen. Wir fordern den Einwohnerrat deshalb auf, nicht am falschen Ort zu sparen. Der Stadtrat geht mit den Finanzen haushälterisch um, indem er keine unbefristete Projektstelle beantragt. Es ist absehbar, dass eine Standortbestimmung erfolgen wird und wir spätestens mit dem Budget 2020 bestimmen können, ob und in welchem Umfang die Projektstelle weitergeführt wird.

Wie bereits erwähnt, wird die SP beide Punkte der stadträtlichen Vorlage unterstützen.

Adrian Höhn (GLP): Die GLP begrüsst, dass die Stadt Lenzburg jetzt auch über ein modernes Kinderbetreuungs- und Elternbeitragsreglement verfügt. Mit der Abkehr vom alten Modell zur neuen subjektbezogenen und ortsunabhängigen Unterstützung berücksichtigen wir die veränderten Arbeitsbedingungen. Die

vom Arbeitnehmer geforderte Flexibilität bezüglich Arbeitszeiten und -ort machen eine flexible Kinderbetreuung notwendig. Lenzburg soll ein attraktiver Lebens- und Arbeitsort bleiben. Gute Voraussetzungen bei der Kinderbetreuung bringen mehr als ein gutes Standortmarketing. Die neuen gesetzlichen Vorschriften müssen umgesetzt werden. Wir bewegen uns hier nicht im Mittelfeld, sondern können Pluspunkte vorweisen. Die finanzielle Mehrbelastung der Eltern durch einen Mindestbeitrag von 35 % ist nicht wünschenswert, in Anbetracht der Finanzlage unserer Stadt aber ein notwendiger Schritt. Wir sind der Ansicht, dass sich diese Massnahme kaum auf die unterste Einkommenschicht auswirken wird, da deren Kostenbeteiligung mit grosser Wahrscheinlichkeit sowieso durch das Sozialamt beglichen wird. Die Limitierung des maximalen Einkommens entspricht unserer Vorstellung. Die Bedingung, dass Eltern mit zwei Einkommen zusammen mindestens 120 Stellenprozente arbeiten, ist uns ein Anliegen. Ein Spielraum für Härtefälle ist auch vorgesehen. Die GLP unterstützt daher den Antrag 8.1.

Nicht unterstützen kann die GLP Lenzburg die 60 %-Projektstelle gemäss Antrag 8.2 mit folgender Begründung: Die Projektstelle kann nicht auf eine Person fokussiert werden, da sehr unterschiedliche Aufgaben erfüllt werden müssen, wie die Erhebung der Daten durch das Regiosteueramt, Beurteilung durch das Sozialamt, die administrative Abwicklung und das Inkasso durch das Finanzamt. Wir erachten es als nicht sinnvoll, diese Aufgabe einer Person zu übertragen. Wir sind zudem der Überzeugung, dass diese Aufgaben im Rahmen der bestehenden Ressourcen der Stadtverwaltung abgewickelt werden kann, wenn nicht prioritäre Aufgaben in diesem Zeitraum zurückgestellt werden. Zudem erachten wir das Antragsgenehmigungsverfahren als zu aufwendig und wundern uns daher auch nicht, dass der Stadtrat hier eine Projektstelle vorschlägt. Der Ablauf würde sich stark vereinfachen, wenn auf jeder Steuerabrechnung das automatisch berechnete Einkommen auf Basis der Berechnungsgrundlage der SVA aufgedruckt würde. Die vermeintlich bezugsberechtigten Eltern könnten dadurch selber prüfen, ob es sich lohnt, einen Unterstützungsantrag zu stellen. Gesuche von nicht anspruchsberechtigten Eltern würden sich dadurch automatisch minimieren. Wir fordern den Stadtrat auf, zu verlangen, dass dieser Wert in der Steuersoftware "Verana 3" ausgewiesen wird, weil die automatische Berechnung auch im weiteren Verlauf des Antragsverfahrens relevant ist, falls es in diesem Bereich eine Änderung gibt. Eine Ablehnung des Antrags 8.2 würde es aber zu einfach machen, die Aufgabe auszulagern. Aus diesem Grund stellt die GLP Lenzburg folgenden Änderungsantrag zu 8.2:

Auf eine spezielle Projektstelle zur Umsetzung ist zu verzichten. Die Umsetzung des Kinderbetreuungsreglements wird durch interne, bereits bestehende Stellen der Stadtverwaltung abgedeckt. Eine Auslagerung in Form von externer Zeitarbeit ist dazu nicht zulässig.

Über Unterstützung unseres Änderungsantrags im Einwohnerrat würden wir uns freuen. Vielen Dank.

Myrtha Dössegger (SVP): Ich orientiere mich im Zusammenhang mit dieser Vorlage an vier Eckpfeilern: Finanzpolitische Zielsetzung, Elternbeitragsreglement, Kinderbetreuungsreglement und befristete Projektstelle.

1. Finanzpolitische Zielsetzung: Wir bedanken uns, dass einige Überlegungen der SVP/BDP-Fraktion in die Umsetzung miteinfließen konnten und können mit dem vorgeschlagenen Berechnungsmodell leben. Wir gehen mit dem Ziel des Stadtrats einig, dass sich Lenzburg in einem Mittelfeld bewegen muss. Auch dass der Stadtrat anerkennt, dass wir uns zum heutigen Zeitpunkt keine grosszügigeren Regelungen leisten können, entspricht unserer Haltung. Der höhere Sockelbeitrag nimmt die Eltern mehr in Pflicht, für eine gute Dienstleistung auch etwas zu bezahlen.

Eine Zusammenlegung der Budgetposten für die Kinderkrippen und die Tagesstrukturen reduziert die Transparenz. Eine Aufteilung des Budgets wäre ein Anreiz für die unterschiedlichen Anbieter kostenbewusst zu operieren. Tagesstrukturen und KiTas sind jedoch nicht eins zu eins zu vergleichen, da sie mit verschiedenen Angeboten arbeiten müssen. Tagesstrukturen sind äusserst wichtig, insbesondere für ein harmonisches Zusammenspiel mit dem Schulbetrieb. Kostendeckende Tarife zu berechnen ist absolut nicht das gleiche, wie bei Kinderkrippen, da die Angebote aufgrund des Stundenplans variieren. Ich bitte den Stadtrat und die GPFK, ab kommenden Jahr genau hinzuschauen. Der Aufbau der Tagesstrukturen wurde mit viel ehrenamtlichem Engagement realisiert. Die Männer und Frauen, die das Angebot betreuen, leisten eine sehr gute Arbeit.

2. Elternbeitragsreglement: Das Elternbeitragsreglement liegt in der Kompetenz des Stadtrats. Dies haben wir zur Kenntnis genommen. Es gibt höchstens noch die Überlegung, ob das massgebende Einkommen nicht auf Fr. 80'000.– gesenkt werden sollte. Die Subventionen für Familien mit einem Einkommen über Fr. 80'000.– sind marginal, aber mit einem unverhältnismässigen administrativen Aufwand verbunden.
3. Kinderbetreuungsreglement: Das jetzt traktandierete Kinderbetreuungsreglement, welches in der Kompetenz des Einwohnerrats liegt, wurde im Januar 2017 zu Händen des Einwohnerrats verabschiedet. Wir sind enttäuscht, dass das schon einige Monate vorliegende Reglement zurückbehalten und uns nicht früher zugestellt wurde. Wir danken aber dafür, dass eine separate Informationsveranstaltung durchgeführt wurde. Inhaltlich wurden viele weiche Ziele gesetzt, die wenig messbar sind. Die erhoffte Erhöhung der Steuereinnahmen und die Senkung der Ausgaben für Sozialhilfe und Sonderschulungsmassnahmen haben nach unserer Meinung wenig Zusammenhang mit dem Kinderbetreuungsreglement. Die Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Familienmodellen soll gewährleistet bleiben. Eine externe Dienstleistung hat - wie alles im Leben - auch ihren Preis.

Wir stellen folgenden Änderungsantrag zum Kinderbetreuungsreglement:

Ziff. 2.6: Der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen wird durch die Stadt Lenzburg erhoben. Dieser Satz soll gestrichen werden. Dieser Aspekt kann dem Markt oder den Anbietern überlassen werden und würde zu administrativem Mehraufwand für die Stadt führen.

4. Zur befristeten Projektstelle möchte ich nicht mehr sagen, als dass wir uns dem Antrag der GLP anschliessen. Uns geht es darum, dass die verschiedenen Abteilungen zusammenarbeiten. Dies ist keine Misstrauensbekundung oder eine Abwertung der Sozialen Dienste.

Heiner Cueni (FDP): Bezüglich Antrag 1 danke ich den Verantwortlichen für die Erarbeitung der Reglemente, die kaum zu Diskussionen Anlass gaben und aus Sicht der FDP akzeptiert werden können.

Zu Antrag 2, Projektstelle: Hier sieht es etwas anders aus. Auch die FDP-Fraktion lehnt die zusätzliche Stelle ab und unterstützt den Antrag der GLP. Wir akzeptieren, dass die Umstellung einen gewissen Aufwand mit sich bringt. Es ist aber auch klar, dass die notwendigen Zahlen von verschiedenen Stellen geliefert werden müssen. Die verantwortliche Person muss in erster Linie diese Daten anfordern und zusammentragen. Hier ist die Zusammenarbeit der verschiedenen Departemente gefragt. Je nach Berechnung - auch dies wurde schon erwähnt - bleiben theoretisch pro Kind mehrere Stunden für die Bearbeitung. Hier wurde mit zuviel Aufwand kalkuliert. Dies liegt nicht im Interesse unserer Finanzen. Die FDP-Fraktion wird den Antrag der GLP unterstützen. Bei der Überprüfung der Tagesstrukturen resp. Kindertagesstätten stellt sich für uns die Frage, ob man hier in einem gewissen Rahmen nicht doch externe Zeitarbeit zulassen sollte.

Marcel Spörri (EVP): Ich habe das GPFK-Protokoll erhalten und darin gelesen, dass die drei Parteien, welche sich bereits geäußert haben, gegen diese Projektstelle sind. Als Hauptgrund werden einerseits die Finanzen erwähnt und andererseits, dass auf der Stadtverwaltung genügend personelle Ressourcen für diese Aufgabe vorhanden seien. Bei allem Respekt, dies ist falsch, diese Meinung stimmt so nicht. Die Ausführungen von Adrian Höhn, dass die Projektstelle von einer Person bekleidet werden soll, trifft auch nicht zu, da diese auf mehrere Personen aufgeteilt werden soll.

Ich würde gerne erklären, wieso ich zum Schluss gelange, dass wir die Projektstelle benötigen, und ich hoffe sehr, dass ich Sie überzeugen kann. Falls die Ansicht ernst gemeint ist, dass bei der Stadtverwaltung ungenutzte personelle Ressourcen vorhanden sind, wäre der korrekte Weg, einen entsprechenden Antrag bei der Budgetberatung (beim Stellenplan) einzureichen, um bei einer anderen Verwaltungsabteilung Personal einzusparen. Die Projektstelle dient der Bewältigung einer zusätzlichen Aufgabe in einer Abteilung, die seit Jahren

personell auf dem "Zahnfleisch" läuft. Die GPFK hält diesen Sachverhalt regelmässig in ihren Berichten fest. Den Sozialen Diensten noch mehr Aufgaben aufzubürden, ohne die personellen Kapazitäten zu schaffen, ist absolut inakzeptabel. Fällt in einer Firma regelmässig und aus gesundheitlichen Gründen Personal aus, wird niemand auf die Idee kommen, die Aufgabenflut, die bereits zu gross ist, noch zu erhöhen. Jedoch genau dies will man bei den Sozialen Diensten tun. Im Übrigen gab es vor ein paar Wochen einen weiteren Ausfall in diesem Dienst. Dass die Aufgabe bei den Sozialen Diensten in der richtigen Abteilung angesiedelt wird, dürfte unbestritten sein. Falls ich das GPFK-Protokoll sowie die Voten richtig verstanden habe, besteht die Meinung, dass andere Abteilungen mithelfen oder Aufgaben übernehmen müssen, um die Sozialen Dienste zu entlasten. Dies geht in einer Stadtverwaltung nicht. Folgerichtig und bis zum Ende durchdacht wäre, die Projektstelle zu bewilligen und - falls man mit der Erhöhung des Stellenplans nicht einverstanden ist - bei der Budgetberatung einen Antrag auf eine Reduzierung des Personalbestands bei einer anderen Abteilung zu stellen.

Zum zweiten Argument, den Finanzen. Mehr Personal verursacht Kosten; dieses Argument kann ich sehr wohl nachvollziehen. Gerade aus diesem Grund ist es falsch, die Projektstelle abzulehnen. Bei Lohnkosten für die Projektstelle von Fr. 44'000.– gilt es zu berücksichtigen, dass im Gegenzug die Beiträge von Fr. 15'000.– an die KEK und von Fr. 5'000.– an die Fachstelle K&F für die Qualitätskontrolle wegfallen. D.h., von den Fr. 44'000.– Lohnkosten fällt praktisch die Hälfte wieder weg. Rechnet man dies auf Stellenpensen um, verbleiben noch 30 neue Stellenprozente. Davon erhalten die Sozialen Dienste 20 % und das Steueramt 10 %. Dies ist das absolute Minimum, um die neuen, zusätzlichen Aufgaben zu bewältigen. Abteilungsintern verfügen die Sozialen Dienste definitiv über keine freien Kapazitäten. Dies wird auch jedes Jahr im GPFK-Bericht festgehalten. Ich hoffe, ich konnte einige mit meinen Argumenten überzeugen und bitte eindringlich, dieser Projektstelle – wie die EVP - zuzustimmen.

Beatrice Taubert (SP): Ich glaube, diese Projektstelle hat heute keine guten Chancen. Darum stellen wir von der SP einen Änderungsantrag zur Rettung dieser befristeten Projektstelle. Vor allem bei den Sozialen Diensten ist eine personelle Verstärkung unumgänglich, da dort ein Mehraufwand bei der Qualitätskontrolle der KiTas und der Betreuungsinstitutionen sowie für die Prüfung der Anträge anfällt. Deshalb stellen wir den Antrag, dass 40 Stellenprozente für die Projektstelle bewilligt werden. Diese Aufgaben müssen von einer Person bei den Sozialen Diensten bewältigt werden.

Noch etwas zu Andreas Schmid: Als neuer Stadtrat übernimmst Du ja vielleicht das Ressort Soziales und darfst dann "ausbaden", dass zu wenig Personalressourcen vorhanden sind. Aus diesem Grunde bewilligt doch zumindest diese 40 %. Danke.

Vizeammann Franziska Möhl: Gerne möchte ich mich auch noch zur Projektstelle äussern. Im ersten Halbjahr 2017 wurden 172 Kinder in Kindertagesstätten und 70 Kinder in den Tagesstrukturen betreut. Davon werden 61 bzw. 21 subventioniert. In Zukunft werden jedoch nicht nur diejenigen Kinder Subventionsbeiträge erhalten, die in Einrichtungen in Lenzburg betreut werden. Wir haben mit einer Kostensteigerung von 20 % gerechnet, weil wir nicht konkret wissen, wie viele Kinder aus Lenzburg in anderen Gemeinden betreut werden. Gemäss Daten des Statistischen Amtes lebten Ende 2015 1'088 Kinder im (Betreuungs-)Alter von 0 bis 14 Jahren in Lenzburg. 26 % ihrer Eltern haben bei den Steuern Drittbetreuungskosten in Abzug gebracht. Von diesen Kindern wurden 67 % subventioniert. Dies ergibt eine Zahl von 189 Kindern mit Subventionsanspruch. Wenn ich nun diese Werte aus dem Jahr 2015 auf 2017 hochrechne (die Zahlen habe ich von der Einwohnerkontrolle per 13.9.2017 erhalten), haben wir in der Altersklasse von 0 bis 14 Jahren eine Steigerung der Bevölkerung von 24 %. Dies ergibt eine Zahl von 235 möglicherweise subventionsberechtigten Kindern.

Betrachten wir die 60 % Projektstelle: Davon gehen 15 % für das KEK und 5 % für Qualitätssicherung weg. 10 % haben wir für das Steueramt kalkuliert. 2018 müssen die Daten noch manuell ermittelt werden, da die Steueramtssoftware "Verana 3" noch nicht zur Verfügung steht (in der Vorlage und an der Informationsveranstaltung wurde dies nicht klar genug kommuniziert). Zudem gehe ich davon aus, dass der Kanton "Verana 3" nicht mehr modifizieren wird, um den Steuerpflichtigen das massgebende Einkommen für einen allfälligen Subventionsanspruch für die Kinderbetreuung mitzuteilen. (Hier würden sich auch Fragen stellen, ob der Hinweis auf mögliche Subventionsansprüche an einen Kinderabzug gekoppelt werden muss oder ob beispielsweise auch Rentner diesen Hinweis erhalten.) Rechne ich mit 220 Arbeitstagen, bleiben mir für die Subventionsgesuche 77 Arbeitstage, davon stehen mir bis Ende Juni für Vorbereitungsarbeiten 20 Tage zur Verfügung. In den Monaten Juli und August muss die Projektstelle dann die Gesuche durcharbeiten, Rechnungskontrollen vornehmen (d.h., was stellt mir die Kita in Rechnung oder was hat die Kita den Eltern in Rechnung gestellt; stimmt dies mit dem Arbeitspensum überein; sind die Normkosten eingehalten?) etc., etc. und dafür bleiben noch 38 ½ Tage. Gemäss meinen Hochrechnungen müssen die Sozialen Dienste 6 Gesuche und das Steueramt 14 Gesuche pro Arbeitstag bearbeiten.

Ich gehe davon aus, dass der Grossteil der anspruchsberechtigten Kinder in Betreuungseinrichtungen in Lenzburg betreut wird, da wir ja bereits heute Leistungen an die Betreuungskosten für die Angebote in Lenzburg ausbezahlen. Aus diesem Grund werden wir keine grössere Steigerung bei den Subventionierungskosten haben. Zunehmen wird allerdings die Zahl der Gesuche.

Stadträtin Dr. Heidi Berner: Es wurde erwähnt, dass die Projektstelle für die Kinder geschaffen werde, welche subventioniert werden. Dies ist nicht ganz

korrekt; diese Stelle ist zusätzlich auch für die Qualitätskontrolle der Betreuungsinstitutionen zuständig. Von einer guten Qualität profitieren auch diejenigen Kinder, deren Eltern für die Betreuungskosten selber aufkommen können.

Daniel Blaser (CVP): Ich bin auch der Meinung, dass wir diese Projektstelle bewilligen sollten. Die Sozialen Dienste sind tatsächlich überlastet, und es macht keinen Sinn, wenn man gewisse Arbeiten extern vergibt und externe Kosten entstehen. Das neue Beitragssystem sollte richtig aufbereitet werden, so dass auch effizient und mit einem tieferen Stellenpensum die Arbeit weitergeführt werden kann. Ich begrüsse auch die Idee von Marcel Spörri, die Stellenprozente unter dem Traktandum Budget nochmals zu besprechen.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Ich bin um eine kurze Unterbrechung gebeten worden, da es mit den vielen Änderungsanträgen etwas kompliziert wird. Manche Dinge werden durch langes Hingucken noch komplizierter als sie schon vorher waren. Deswegen hoffen wir, dass wir nun alles richtig hinbekommen.

Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag von Myrtha Dössegger zum Kinderbetreuungsreglement ab. Danach stimmen wir über Punkt 2 des stadt-rätlichen Antrags, *der Einwohnerrat möge für die Umsetzung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung für die Zeit vom 1. April 2018 bis 31. Dezember 2019 eine Projektstelle mit 60 Stellenprozenten bewilligen*, ab. Sollte dieser Antrag keine Mehrheit finden, befinden wir über den Antrag der SP, nämlich eine Projektstelle mit 40 Stellenprozenten. Wenn dieser Antrag auch keine Mehrheit findet, beschliessen wir über den Antrag der Grünliberalen, gemäss dem auf die Projektstelle zu verzichten sei.

Wenn Sie sich zu diesem Vorgehen noch beraten möchten, bitte ich nun um die entsprechenden Wortmeldungen.

Beatrice Taubert (SP): Ich hätte noch einen Ordnungsantrag und zwar: Punkt 1 und 2 zu wechseln. Werden keine Stellenprozente bewilligt, kann sich die SP nicht mit dem Kinderbetreuungsreglement anfreunden, denn es kann gar nicht umgesetzt werden. Werden unter Punkt 2 die Stellenprozente abgelehnt, stimmen wir dem Reglement nicht zu.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Ich verstehe das schon, ihr seht dies im Zusammenhang und wollt nicht das Eine ohne das Andere bewilligen. Ist dagegen etwas einzuwenden?

Chantal Toker (GLP): Ich habe eine Verständnisfrage: Ich verstehe nicht, dass wenn die Projektstelle nicht bewilligt wird, gleich das ganze Reglement abgelehnt werden soll. Es sind zwei verschiedene Geschäfte, und wir haben nie an der ganzen Vorlage gezweifelt. Wir sind einfach nur gegen die zusätzliche Projektstelle.

Beatrice Taubert (SP): Doch, dieser Link besteht. Man hat ein neues Kinderbetreuungsreglement geschaffen und das muss nun umgesetzt werden. Dies kann man doch nicht einfach mit 0 Stellenprozenten angehen. Beispielsweise ist das KEK heute ausgelagert und hier soll auch noch gekürzt werden. Wie soll das neue System ohne interne oder externe Stelle realisiert werden? Das geht gar nicht. Für uns hängt dies ganz klar zusammen.

Michael Häusermann (SVP): Ich verstehe auch nicht, was der Inhalt des Kinderbetreuungsreglements mit dem Stellenpensum zu tun hat. Aber, ich muss auch nicht alles verstehen. Ich denke, korrekt wäre, wenn Beatrice Taubert einen Antrag stellen würde, dass man die Anträge wechselt. Herr Gruber (Leiter der Sozialen Dienste) tut mir leid, aber ich werde trotzdem gegen die Projektstelle stimmen. Die Stadt Lenzburg hat nur für Lenzburg 80 Stellen, mit den regionalen Aufgaben sind es über 110 Stellen. Deshalb sollte es doch möglich sein, dass der Stadtrat Pensen innerhalb der Verwaltung zugunsten der Sozialen Dienste verschiebt. Firmen müssen auch umstrukturieren.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Michael Häusermann. Ich möchte eigentlich diese Debatte jetzt abschliessen, da es nicht danach aussieht, als ob ein weisser Ritter zu Pferd mir zu Hilfe kommt - oder doch, Stadtschreiber Christoph Hofstetter?

Stadtschreiber Christoph Hofstetter: Ich möchte etwas über das Abstimmungsprozedere sagen. Die Präsidentin hat vorgeschlagen, wie sie abstimmen möchte. Beatrice Taubert hat erläutert, dass sie mit dem vorgeschlagenen Vorgehen nicht einverstanden ist. Gemäss Geschäftsreglement muss der Einwohnerrat nun über das Abstimmungsprozedere bestimmen. D.h., der Rat muss nun entscheiden, in welcher Reihenfolge er abstimmt.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: So machen wir es jetzt.

Der Einwohnerrat erklärt sich grossmehrheitlich mit dem von der Ratspräsidentin vorgeschlagenen Abstimmungsprozedere einverstanden.

Abstimmungen

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 6. September 2017 wird

b e s c h l o s s e n :

1. Gestützt auf den Antrag von Myrtha Dössegger (SVP) beschliesst der Einwohnerrat grossmehrheitlich, in Absatz 2 von Ziff. 2.6 folgende Bestimmung ersatzlos aus dem Kinderbetreuungsreglement zu streichen "Der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen wird durch die Stadt Lenzburg erhoben."
2. Unter Berücksichtigung der Änderung gemäss Ziff. 1 beschliesst der Einwohnerrat das Kinderbetreuungsreglement vom 18. Januar 2017 einstimmig.
3. Der Einwohnerrat lehnt mit 14 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen den Antrag des Stadtrats, eine Projektstelle mit 60 Stellenprozenten zur Umsetzung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung für die Zeit vom 1. April 2018 bis 31. Dezember 2019 zu schaffen, ab.
4. Ebenso wird mit 14 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen der Antrag der SP, eine Projektstelle mit 40 Stellenprozenten für die Umsetzung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung für die Zeit vom 1. April 2018 bis 31. Dezember 2019 zu schaffen, abgelehnt.
5. Hingegen wird folgender Antrag der GLP-Fraktion mit 22 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen angenommen: "Auf eine spezielle Projektstelle zur Umsetzung ist zu verzichten. Die Umsetzung des Kinderbetreuungsreglements wird durch interne, bereits bestehende Stellen der Stadtverwaltung ausgeführt. Eine Auslagerung in Form von externer Zeitarbeit ist dazu nicht zulässig."

Die Beschlüsse Ziff. 2 und 5 unterliegen dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 6. November 2017 ab.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Somit ist alles klar, und wir können das Traktandum abschliessen, vielleicht zur Unzufriedenheit einiger Anwesender.

4 Budget 2018

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wie immer im September gilt es, die Finanzplanung der Stadt zu prüfen. Ich möchte dem Stadtrat im Namen des Einwohnerrats an dieser Stelle für die grosse Arbeit danken. Auch wenn man sich vielleicht das Eine oder Andere anders wünschen würde, das Budget und der Finanzplan setzen sich mit den Realitäten auseinander und die sind nun mal wie sie sind. Umso lobenswerter ist es, darauf eine realistische Planung aufgebaut zu haben.

Wir beginnen mit dem Budget und besprechen im nächsten Traktandum die Aufgaben- und Finanzplanung. Zuerst erfolgt die Eintretensdebatte, die mit dem Bericht des GPFK Präsidenten, Tobias Ammann, eröffnet wird. Anschliessend können die Fraktionen Stellung beziehen und ihre Meinungen äussern. Auf die Eintretensdebatte folgt die Detailberatung zum Budget 2018. Zum Schluss stimmen wir ab. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass alle Anträge der Fraktionen erst in der Detailberatung bei den jeweiligen Abteilungen eingereicht werden sollten und nicht schon in der Eintretensdebatte.

Vizeammann Franziska Möhl: Ich möchte Sie vor der Budgetdebatte auf zwei wichtige Punkte in diesem Budget hinweisen, damit man sich bewusst wird, um was es geht. Dies ist einerseits die Einführung von zwei neuen Gesetzen, über die wir im Februar abgestimmt haben. Es betrifft die Optimierung der Aufgabenteilung mit dem neuen Finanzausgleich. Der zweite Punkt ist eine neue Weisung der Gemeindeabteilung bezüglich Umgang mit der Aufwertungsreserve.

Zu Punkt 1, Finanzausgleich: Der neue Finanzausgleich führt zu verschiedenen Veränderungen, sowohl auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite. Die Aufgabenverschiebungsbilanz hat ergeben, dass im Rahmen von 3 Steuerfussprozenten mehr Aufgaben vom Kanton finanziert werden müssen und die Gemeinden dementsprechend entlastet werden. Aus diesem Grund gibt es auch den Steuerfussabtausch, d.h. die Gemeinden müssen 3 Steuerfussprozent senken, während der Kanton den Steuerfuss um 3 % erhöhen muss. Wir legen Ihnen hier ein Budget mit einem unveränderten Steuerfuss vor, d.h. mit einem Steuerfuss von 105 % (108 % abzüglich 3 % Steuerfussabtausch). Damit kommt der Steuerfussabtausch in unserer Gemeinde vollumfänglich zum Tragen.

Punkt 2, Umgang mit der Aufwertungsreserve: Sie erinnern sich sicher, per 1.1.2013 haben wir das sogenannte Rechnungsmodell HRM2 eingeführt. Wir haben unser Verwaltungsvermögen wieder aufgewertet, was dazu geführt hat, dass wir wieder höhere Abschreibungen vornehmen müssen. Damit die Gemeinden die Abschreibungen nicht doppelt finanzieren müssen, konnten sie - um die Rechnung zu entlasten - eine Entnahme aus dieser Aufwertungsreserve realisieren. In unserem Fall waren es 1,845 Mio Franken. Aufgrund der

neuen Weisung der Gemeindeabteilung ist es erlaubt, resp. müssen wir entscheiden, wie wir mit der Aufwertungsreserve umgehen wollen. Wir können die Aufwertungsreserve entweder 22 Jahre weiter mitnehmen und immer jährlich unsere Erfolgsrechnung mit einer Entnahme aus dieser Reserve verschönern. Diese ist degressiv, d.h. es kann immer weniger entnommen werden. Oder wir können auf einmal die ganze Aufwertungsreserve von rund 84 Mio. Franken in die kumulierten Ergebnisse der Vorjahre übertragen. Dies ist ein Teil des Eigenkapitals, und es kann dort belassen werden. Die Aufwertungsreserve oder die kumulierten Ergebnisse stehen zu einem späteren Zeitpunkt immer noch zur Verfügung, um allfällige negative Geschäftsergebnisse auszugleichen. Der Stadtrat hat eigentlich nicht das Ergebnis der Erfolgsrechnung als Zielgrösse, sondern die Selbstfinanzierung. Die Selbstfinanzierung wird von dieser Umbuchung nicht tangiert. Aus diesem Grund ist der Stadtrat klar der Meinung, dass die Aufwertungsreserve auf einmal auf die kumulierten Ergebnisse umgebucht und nicht noch unsere Erfolgsrechnung verschönert werden soll. So haben wir klare Verhältnisse.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Franziska Möhl. Nun übergebe ich das Wort an Tobias Ammann, GPFK-Präsident.

Eintretensdebatte zum Budget 2018

Sprecher ist GPFK-Präsident Tobias Ammann (FDP): Vielen Dank, Franziska Möhl, für die einleitenden Worte über den Umgang mit dem Steuerfussabtausch und der Aufwertungsreserve. Die GPFK hat beide Vorgehensweisen positiv zur Kenntnis genommen. Bevor ich einige Worte über das Budget 2018 verliere und über die Ergebnisse der GPFK-Sitzung informiere, ist es mir ein Anliegen, sicher auch im Namen der ganzen GPFK, allen Beteiligten für das Vorbereiten dieses umfangreichen Dokuments zu danken. Auf rund 100 Seiten werden wir einmal mehr ausführlich dokumentiert und transparent informiert. Es ist uns allen bewusst, dass das Erarbeiten des Budgets unter den aktuellen Rahmenbedingungen mit den diversen Investitionen und dem Bevölkerungswachstum kein leichtes Unterfangen gewesen sein dürfte. So ist es auch nicht verwunderlich, dass die Meinungen in der GPFK über das vorliegende Budget auseinandergehen.

Das Budget 2018 führte zu mehr Diskussionen, als dasjenige des Vorjahres. Neben verschiedenen Bemerkungen und Fragen zu den einzelnen Budgetposten, über die ich in der Detailberatung kurz informieren werde, wurden von der GPFK vorwiegend folgende Punkte resp. Zusammenhänge thematisiert: Das negative Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit, bspw. im Zusammenhang mit dem Personalaufwand und das Ergebnis aus der Finanzierung einhergehend mit der höheren Dividende der SWL. Ein paar Stimmen in der GPFK haben in Bezug auf den ersten Punkt, dem negativen Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit, gefordert, die Produktivität zu steigern und den

Personalaufwand zu reduzieren. Beispielsweise wurde die digitale Geschäftsverwaltung eingeführt, die auch zu einer höheren Produktivität beitragen soll. Als gutes Beispiel für den seit Jahren gleichbleibenden Personalbestand, trotz steigendem Arbeitsaufkommen (Regionalisierung und Bevölkerungswachstum), wurde das Steueramt angemerkt. Seitens des Stadtrats wurde darauf hingewiesen, dass angesichts des Bevölkerungswachstums die Entwicklung der Personalkosten nicht als negativ beurteilt werden können. Zu einer Effizienzsteigerung könnte ein neues Verwaltungszentrum beitragen. Die dezentralen Standorte der Verwaltung sind, trotz einer konsequenten Nutzung der Informatik, nicht vorteilhaft. GEVER wird als langfristiger Nutzen schlussendlich dazu beitragen, dass vor allem bspw. die Archivbewirtschaftung schlanker gemacht wird. Zudem wies der Stadtrat darauf hin, dass es auch die Aufgabe des neuen Leiters Stadtverwaltung ist, die Effizienzsteigerung in der Verwaltung konsequent voran zu treiben.

Betreffend dem Ergebnis aus der Finanzierung wurde von der GPFK darauf hingewiesen, dass die höhere Dividende der SWL Energie AG einen massgeblichen Teil zum Erreichen des ausgewiesenen Gesamtergebnisses beiträgt. Der Gewinn der SWL Energie AG ist zu einem Grossteil der Bevölkerung und dem Gewerbe der Stadt Lenzburg zu verdanken. Zudem erwirtschaftet die SWL Energie AG auch Gewinne durch Gaslieferungen in die Nachbargemeinden.

Der Stadtrat hat uns bestätigt, dass er zu der im Vergleich zur Rechnung 2016 budgetierten Zunahme des Steuerertrags um 6,6 % stehen kann und die Berechnung als realistisch beurteilt.

Wie einleitend erwähnt, werde ich in der Detailberatung noch auf weitere Fragen unsererseits sowie auf die diesbezüglichen Antworten seitens des Stadtrats eingehen. Die Empfehlung seitens der GPFK zum Budget kann ich Ihnen jedoch bereits an dieser Stelle abgeben. Die GPFK empfiehlt Ihnen mit 6 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen, das Budget der Einwohnergemeinde für das Jahr 2018 zu genehmigen und den Steuerfuss auf 105 % (wie bisher, in Berücksichtigung des Steuerfussabtauschs zwischen Kanton und Gemeinde) festzusetzen.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Tobias Ammann. Die Diskussion zur Eintretensdebatte ist eröffnet. Wem darf ich das Wort erteilen?

Beat Hiller (GLP): Die GLP würdigt den grossen Aufwand für die Erstellung des Budgets seitens Stadtrat und Verwaltung. Die Qualität des Budgets ist aus unserer Sicht gut und zusammen mit den Erklärungen, die sehr detailliert abgegeben wurden, konnte das Dokument gut verstanden werden. Der Aufbau und die Qualität der Zahlen helfen natürlich nicht darüber hinweg, dass wir ein betriebliches Minus von knapp 1,5 Mio. Franken haben. Wir glauben auch, dass aus Sicht des Stadtrats und der Verwaltung nicht viel mehr machbar ist. Wer

streicht schon gerne bei sich selber oder verzichtet auf Bestehendes? Wir von der GLP-Fraktion sind der Überzeugung, dass wir dieses Minus jedoch rasch korrigieren müssen. Auch denken wir, dass im Moment die Hoffnung, mehr Steuereinnahmen zu erhalten, eher unerfüllt bleiben wird. Es muss allen bewusst sein, dass wir die Einnahmen nur bedingt beeinflussen können. Wir wissen ja nicht genau, wer nach Lenzburg zieht und wie sich die Einkommen der natürlichen Personen und die Gewinne der juristischen Personen entwickeln. Natürlich, man könnte einfach den Steuerfuss erhöhen, wenn man mehr Geld möchte, aber dies ist sicherlich nicht das Ziel und auch nicht die Absicht des Stadtrats. Wir müssen auch akzeptieren, dass markante Positionen auf der Ausgabenseite nicht beeinflussbar sind. Wir wissen nicht, wie sich die Sozialhilfekosten entwickeln werden. Wir können nur bedingt ein wenig Einfluss darauf nehmen. Wir wissen nicht, wie sich die Gesundheitskosten entwickeln werden. Da müssen wir einfach akzeptieren, was kommt. Es bleiben aber noch genügend Möglichkeiten, bei einer Stadt wie Lenzburg, dass wir uns auf die positive Seite bewegen können. Da müssen wir ansetzen. Unsere Verantwortung liegt bei der Verwendung der Gelder unserer Steuerzahler. Aus diesem Grund erachten wir es als unsere Pflicht, als Einwohnerrat vermehrt dem Stadtrat klarere Vorgaben zu geben, damit er das Ziel eines positiven betrieblichen Resultats erreichen kann. Für 2018 können wir dieses Ziel nicht mehr erreichen, das ist uns klar. Hingegen streben wir an, dass wir im Budget 2019 wieder ein positives betriebliches Resultat ausweisen können.

Die Dividenden der SWL Energie AG wurden bereits angesprochen. Diese sind jedoch langfristig nicht gesichert, ebenso die Mieterträge. Wir erwarten deshalb vom Stadtrat, dass die Rechnung 2018 besser ausfallen wird als das Budget, so wie es heute vor uns liegt. Abhängig von der Detailberatung wird die GLP-Fraktion am Schluss entscheiden, ob sie das Budget genehmigt oder allenfalls sogar zurückweist.

Linda Kleiner (SP): Wir haben es bereits gehört: Wir wurden auch dieses Jahr mit einem sorgfältig geplanten Budget für 2018 gut dokumentiert. Wir haben das Budget in der SP-Fraktion ausführlich diskutiert und möchten uns an dieser Stellen bei allen involvierten Personen für die Arbeit bedanken. Wir würden uns freuen, wenn wir einmal beim Geldausgeben wünschen und etwas realisieren könnten, das wir einfach gern für unsere Stadt hätten, ohne dass immer gerechnet und überlegt werden muss, ob eine Investition wirklich unumgänglich ist.

Aber nein, Wünsche beiseite. Die ansteigenden Schulden sind nicht schön. Es ist aber auch klar, dass die notwendigen Investitionen Kosten verursachen und Lenzburg möchte ja eine attraktive Stadt sein. Jeder von uns profitiert in einem gewissen Mass von unserer Infrastruktur. Natürlich muss man die Schulden auch im Auge behalten. Wir sind aber davon überzeugt, dass dies durch unsere Exekutive gewährleistet ist. Auch wir Einwohnerräte haben ja stets ein Auge darauf. Es ist uns bewusst, dass das Budget 2018 eine Herausforderung war, das erste Budget mit dem neuen Lastenausgleich zwischen Kanton und Gemeinden. Aufgrund des Steuerfussabtauschs wird unser Steuerfuss neu

105 % beantragt. Ich bin ehrlich, in der SP-Fraktion haben wir darüber diskutiert, ob dies bei der angespannten Finanzlage und bei den weiterhin anstehenden Investitionen sinnvoll ist, oder ob man nicht bei 108 % bleiben sollte. So, wie es in anderen Städten und Gemeinden auch vorgesehen ist. Wir vertreten aber die Meinung, dass wir zuerst die Entwicklung und die Auswirkungen abwarten und beobachten sollten. Wir haben es vorhin auch gehört, natürlich kann man das Budget auch zurückweisen. Dies verursacht wieder einen Mehraufwand und dementsprechend Mehrkosten bei der Verwaltung. Ob wir damit das gewünschte Ziel erreichen, bezweifeln wir. Die SP-Fraktion ist mit dem vorliegenden Budget einverstanden und wird darauf eintreten. Danke.

Michael Häusermann (SVP): Es hat schon erfreulichere Momente gegeben, als das Budget 2018 zu studieren. Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung aber trotzdem für die Erstellung des Budgets mit den Grafiken, Erläuterungen und Ergänzungen. Das wir gerade auch aufgrund der Investitionen in unsere Schulanlagen einen erneuten Schuldenanstieg zu verzeichnen haben, wissen wir. Auch die SVP/BDP-Fraktion hat den Investitions- und Bauprojekten für unsere Schulen zugestimmt, und wir stehen dahinter. Trotz allem darf erwähnt werden, dass der Schuldenberg von 9,28 Mio. Franken im 2017 auf 14,85 Mio. Franken im 2018 steigen wird. Steigende Schulden sind nicht der Untergang einer Gemeinde, aber wir Lokalpolitiker müssen schon darauf achten, dass unsere Schulden nicht ins Unermessliche steigen, sondern dass wir auch am Horizont wieder eine "Schuldenkurve" sehen, die abwärts zeigt. Es ist leider nichts Neues, dass ein enormer finanzieller Druck im Gesundheits- und Sozialwesen auch auf unsere Gemeinde vorhanden ist. Beides Bereiche, auf die wir nicht oder nur sehr minim Einfluss nehmen können. (Beat Hiller hat es angesprochen.) Ebenfalls nicht beeinflussen können wir die Auswirkungen der Neuordnung des Finanzausgleichs.

Ein Negativergebnis aus betrieblicher Tätigkeit und gleichzeitig einmal mehr eine Erhöhung des Stellenetats sind für uns nicht nur keine guten Aussichten, sondern ein "No-go". Der Stadtrat, so wie er jetzt zusammengesetzt ist, antwortet viel zu oft auf kommende Probleme mit Erhöhung von Stellen. Unsere Fraktion hat zur Kenntnis genommen, dass Investitionen von 9,964 Mio. Franken geplant sind. Schade, dass wir jedoch nur 5,79 Mio. Franken selber finanzieren können. Investitionen sind wichtig und richtig, dadurch bleibt die Infrastruktur der Gemeinde erhalten. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 53,49 % können wir jedoch keine Werbung machen. Wir hatten schon Jahre mit 90 % Selbstfinanzierung. Wenn auf der Einnahmenseite der Steuerertrag zurückgeht, ist dies natürlich auch unerfreulich. Die Ursachen sind begründet. Dass der Stadtrat aufgrund des Steuerfussabtauschs, der schon mehrmals erwähnt wurde, die 3 % weitergibt, erachten wir als richtig. Alles andere wäre eine Steuererhöhung. Wir sollten dem Steuerzahler nicht immer mehr Geld aus der Tasche ziehen, vor allem dann nicht, wenn gewisse Hausaufgaben noch nicht gemacht wurden. Die Erhöhung der Dividendenzahlung der SWL Energie AG von 1,2 Mio. Franken auf 1,6 Mio. Franken ist ein erfreulicher Akt. Wir dürfen uns jedoch nicht daran gewöhnen, dass es so weitergeht. Die SVP/BDP-

Fraktion bedankt sich ausdrücklich bei der SWL Energie AG für die 1,6 Mio. Franken grosse Dividende.

Auch wenn wir viele Bereiche nicht oder praktisch nicht beeinflussen können und als Parlament dennoch unsere Verantwortung wahrnehmen wollen, so ist Handlungsbedarf angesagt. Das Budget 2018 weist ein Fehlergebnis aus betrieblicher Tätigkeit von 1,45 Mio. Franken aus. Gemäss Finanzplan wird dieses noch auf knapp 2 Mio. Franken ansteigen. Da müssen und sollten wir handeln und zwar dort, wo wir es in den eigenen Händen haben. Wir als Einwohnerrat (auch der Stadtrat) sind gefordert. Ja, wo ist es noch möglich, Einfluss zu nehmen? Eine Möglichkeit zum Handeln ist der Stellenplan. Ich habe auch schon in früheren Voten darauf hingewiesen, dass uns ein stetig wachsender Stellenplan Sorgen bereitet. Wir sollten nicht einfach immer mehr Personal anstellen und dies dem Steuerzahler mit dem Bevölkerungswachstum begründen. Immer mehr Einwohner muss nicht immer mehr Personal bedeuten. Man kann ja auch mal über die Strukturen unserer Stadt diskutieren. Vor dieser Diskussion wurde bisher zurückgeschreckt. Beispielsweise habe ich bis jetzt noch nichts davon mitbekommen, dass die Nachfolgeregelung für den Leiter Stadtverwaltung zu einer grösseren Diskussion geführt hätte. Oder habe ich hier etwas verpasst? Ich möchte an dieser Stelle jedoch auch klar festhalten, und ich spreche im Namen der ganzen Fraktion, dass die Organisation Stadt Lenzburg gute, teilweise sogar sehr gute Mitarbeiter hat. Es hat aber auch, und dies bringt ein Unternehmen mit über 100 Angestellten mit sich, Strukturen und Abläufe, die anders geregelt werden könnten. Damit verbunden sind auch personelle Veränderungen.

Um auf den Punkt zu kommen. Die SVP/BDP-Fraktion will im Budget 2018 keine Stellenerhöhung. Wir haben grösstenteils gutes Personal und wir trauen dem Personal zu, auch mit gleichbleibenden Ressourcen die Aufgaben unserer Stadt zu bewältigen. Kein privates Unternehmen kann dauernd Personal anstellen, wenn gleichzeitig das betriebliche Ergebnis negativ ausfällt. Für eine Veränderung braucht es aber auch die Führung unseres Stadtrats. Lieber Stadtrat, kommt mir bitte nicht mit der Antwort, dass alle Verwaltungsabteilungen bereits jetzt schon überlastet seien und die einzige Lösung eine Stellenaufstockung ist. Wenn es Abteilungen gibt, die am Anschlag laufen, so gilt es personelle Mittel zu verschieben. Wohl oder übel mit einer Verzichtsplanung. Dies ist auch im öffentlichen Bereich möglich. Ich arbeite selber seit bald 20 Jahren beim Bund. Dem Bund ist ein Sparpaket auferlegt worden. Wir müssen sparen, wir sparen und wir müssen verzichten. Es funktioniert.

Unser Ziel für das Budget 2018 ist ein Stellenetat in der Höhe des Budgets 2017 von total 109,15 Stellen. Ein Verzicht auf Stellenerhöhungen darf aber nicht auf extern eingekaufte Ressourcen ausgelagert werden. Fazit: Die SVP/BDP-Fraktion tritt auf das Budget ein, stimmt jedoch dem Stand, wie wir ihn jetzt vorliegen haben, nicht zu. Wir wollen für 2018 kein personeller Ausbau.

François Kuhlen (FDP): Grundsätzlich danken wir für die hervorragende Vorbereitung und insbesondere für die rechtzeitige Zustellung der Unterlagen. Dadurch hatten wir genügend Zeit, das Budget zu studieren.

Das vorliegende Budget weist, wie bereits erwähnt, ein betriebliches Defizit aus. Es wurde noch zusätzlich durch die Dividendenausschüttung der SWL Energie AG geschont. Mit Recht weist der Stadtrat selber auf die tiefe Eigenfinanzierung hin, die er lieber bei 100 % sähe. Auch uns ist die weitere Stellenaufstockung in der Verwaltung aufgefallen, und wir können diese auch nicht unterstützen. Es wurden in letzter Zeit viele Investitionen in IT und Softwarelösungen getätigt. Daraus resultiert ein Potential für Produktivitätssteigerungen. Zumindest in diesem Stellenplan, welcher uns präsentiert wurde, ist diese Produktivitätssteigerung nicht ersichtlich. Wir stellen auch fest, dass im Finanzplan ein Stau von dringenden Vorhaben ausgewiesen wird. Die meisten Vorhaben werden seit Jahren (seit ich es verfolge) immer wieder um ein Jahr verschoben. All diese Feststellungen weisen für mich auf ein strukturelles Problem in der Verwaltung hin, das die Stadt wesentlich in ihrem Handlungsspielraum eingrenzt und die Lösung von wichtigen Infrastrukturaufgaben zum Wohl unserer Bevölkerung verhindert.

Mir bereitet auch die zunehmende Dividendenausschüttung der SWL Energie AG Sorgen. Sie schränkt die Investitionstätigkeit dieses Unternehmens für zukünftige Technologien oder neue Tätigkeitsfelder ein und sie verhindert die Weitergabe von Preisreduktionen an die Kunden. Der zweite Punkt führt dazu, dass die Dividendenentnahme eigentlich einer versteckten Steuer gleichkommt. Längerfristig macht uns Sorgen, dass der gewinnbringende Teil der SWL Energie AG ganz offensichtlich das Erdgasgeschäft ist. Es ist aus meiner Sicht absehbar, dass das Geschäft mit diesem nicht erneuerbaren Energieträger aufgrund der Energiestrategie der Eidgenossenschaft mittelfristig unter Druck kommen wird. Ich bin etwas überrascht, dass dies mein Kollege Beat Hiller (GLP) nicht erwähnt hat.

Ziel muss aus Sicht der FDP sein, dass das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeiten ausgeglichen oder wenn möglich sogar positiv ist und die Eigenfinanzierung mindestens 100 % beträgt. Aus diesem Grund und weil ein strukturelles Problem vorliegt, hat die FDP-Fraktion entschieden, eine Motion zu lancieren. (Wir haben den Unterschied zwischen einer Motion und einem Postulat genau unter die Lupe genommen, damit wir da auch richtigliegen). Wir sind uns des bindenden Charakters der Motion durchaus bewusst. Wir wollen damit - dies ist unser Begehren - ein strukturiertes Vorgehen und eine strukturierte Analyse seitens des Stadtrats auslösen wie das Haushaltsgleichgewicht sicher zu stellen ist. Wir möchten dem Vermögensverzehr oder der Schwächung der stadteigenen Unternehmen und dem Aufschub von Investitionen entgegenwirken. Die strukturierte Analyse soll alle Dienstleistungen und Prozesse der Stadtverwaltung umfassen, mit dem Ziel, die Finanzen zu stabilisieren und vor allem zu gesunden. Es soll keine reine Sparübung sein. Dies ist nicht unser Ziel. Jedoch soll durch die Analyse Transparenz entstehen, wo das Geld eingeht und auch eine Steuerungsmöglichkeit besteht, damit unsere Bürger davon profitieren können. Die Motion zielt im Prinzip auf eine kurzfristige Lösung. Wir

wollen, dass der Stadtrat an der ersten Sitzung des Einwohnerrats im 2018 ein Szenario mit Massnahmen präsentiert, die bereits für 2018 wirksam werden. Zudem wollen wir bis Mitte 2018 eine längerfristige Perspektive, welche mittel- und längerfristig die Gesundung der Finanzen sicherstellt.

In diesem Sinne wird die FDP-Fraktion dem Budget zustimmen, unter gleichzeitiger Einreichung dieser Motion. Herzlichen Dank.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Wenn das nicht der Fall ist, schliesse ich die Eintretensdebatte, und wir gehen zur Detailberatung des Budgets über.

Detailberatung des Budgets 2018

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos führt abschnittsweise durch das Budget 2018 und erkundigt sich jeweils nach Wortmeldungen.

0 Allgemeine Verwaltung

Keine Wortmeldungen.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

GPFK-Präsident Tobias Ammann: Wie unsere Rückfrage ergeben hat, muss betreffend der neuen Software für die Polizei keine separate Schulung durchgeführt werden.

2 Bildung

Keine Wortmeldungen.

3 Kultur, Sport und Freizeit

Ferienhaus Samedan

GPFK-Präsident Tobias Ammann: Ein Hinweis an den Stadtrat (nicht aus finanzieller Sicht): Er möge doch bitte schauen, dass auf der Homepage das Ferienhaus attraktiver dargestellt wird.

4 Gesundheit

Keine Wortmeldungen.

5 Soziale Sicherheit

Kinderbetreuung (Subventionierung); Beiträge an private Haushalte, Konto 5452.3637.00

GPFK-Präsident Tobias Ammann: Das neue System ist ab Schuljahr 2018/19 gültig. Diesbezüglich stellte sich die Frage, ob aufgrund der sich für 2017 abzeichnenden Mehrkosten für das Jahr 2018 ein höherer Betrag ins Budget eingestellt worden ist. Der Stadtrat hat uns bestätigt, dass für die ersten sieben Monate 2018 tendenziell mit Mehrkosten gerechnet werden muss.

Beatrice Taubert (SP): Wir haben heute das Kinderbetreuungsreglement genehmigt. Wir möchten die Familien mit den geringsten Einkommen ein wenig entlasten. Durch die Anpassung müssen diese massiv mehr bezahlen, da der Sockelbeitrag von 20 % auf 35 % steigt. Wir beantragen deshalb eine Anpassung des Sockelbeitrags auf 25 %. Lenzburg soll als Zentrumsgemeinde familienfreundlich bleiben und nicht in den kantonalen Durchschnitt abfallen. Die Senkung des Sockelbetrags führt im Zeitraum vom 1. August bis 31. Dezember 2018 zu Mehrausgaben von ca. Fr. 42'000.–. Daher beantragen wir eine Erhöhung des Kontos 5452.3637.00 von Fr. 248'000.– auf Fr. 290'000.–. Wir sind für eine solide Finanzpolitik, aber ohne Leistungsabbau in der Bildung und im Familienbereich. Merci.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wünscht noch jemand zu diesem Änderungsantrag das Wort? Da dies nicht der Fall ist, können wir über den Antrag befinden.

Abstimmung

Der von der SP-Einwohnerratsfraktion eingebrachte Antrag, den Sockelbeitrag für familien- und schulergänzende Kinderbetreuung bei 25 % (statt 35 %) anzusetzen und den Budgetkredit in Konto 5452.3637.00 um Fr. 42'000.– auf Fr. 290'000.– zu erhöhen, wird mit 9 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Keine Wortmeldungen.

7 Umweltschutz und Raumordnung

Benützungsgebühren und Dienstleistungen, Konto 7301.4240.80

GPFK-Präsident Tobias Ammann: Gemäss einem Zeitungsbericht sind die Abfallgebühren in Lenzburg vergleichsweise teuer. Wir wurden darauf hingewiesen, dass durch die Einnahmen auch ein Mehrwert in Form von Unterflursammelstellen realisiert wird.

8 Volkswirtschaft

Keine Wortmeldungen.

9 Finanzen, Steuern

Gewinn- und Kapitalsteuern von juristischen Personen, Konto 9100.4010.00

GPFK-Präsident Tobias Ammann: Auf eine entsprechende Frage wurde bestätigt, dass Aufgrund einer Umstellung beim Kantonalen Steueramt die Aktiensteuern einmalig für eine Zeitspanne von 13 Monate eingezogen werden können. Da der Dezember nicht ertragsstark ist, sind die Auswirkungen dieser Änderung relativ gering.

10 Erfolgsrechnung Artengliederung

Dienstleistungen und Honorar / Artengliederung 313

GPFK-Präsident Tobias Ammann: Wir haben den Stadtrat auf den zunehmenden Aufwand für Honorare und Dienstleistungen hingewiesen und wollten wissen, welchen personellen Kapazitäten diese Kosten ungefähr entsprechen. Wir wurden informiert, dass dies nicht genau umgerechnet werden kann. Zudem sind Vergleichswerte nur bis 2013 möglich, da danach auf HRM2 umgestellt wurde. Die GPFK kam zum Schluss, dass sie sich im Rahmen der Rechnungsprüfung diesem Thema vertieft widmen wird.

Personalaufwand / Artengliederung 30

Beat Hiller (GLP): Wie schon viele Vorredner und Vorrednerinnen gesagt haben, haben wir ein Problem mit den Personalkosten. Deshalb reichen wir einen Änderungsantrag zur Position 30 "Personalaufwand" der Artengliederung ein. Wir beantragen, bei der Position 30 den Stellenetat auf 109,15 Stellen zu belassen (Stand 2017), mit dem Ziel, den Personalaufwand auf den Totalbetrag von Fr. 17'101'500.– zu kürzen.

Wir erwarten eine Optimierung in den Abläufen der Verwaltung unter Einbezug der IT-Hilfsmittel (GEVER, eGov, u.a.m.). Dabei dürfen keine Leistungen abgebaut und auch nicht in Form von extern eingekauften Ressourcen ausgelagert werden. Begründung: Die Stadtverwaltung hat das Werkzeug GEVER eingeführt und kann damit ihre internen Abläufe verschlanken. Die eGov-Lösungen erlauben die Abläufe mit den "Kunden" der Verwaltung so zu vereinfachen, dass weniger Verwaltungsressourcen notwendig sind. Wir erwarten, dass diese neuen Mittel eine direkte Verbesserung auf der Kostenseite zur Folge haben.

Marcel Spörri (EVP): Ich habe grosses Verständnis dafür, dass wir zuerst bei den Stellen schauen, denn hier können wir Einfluss nehmen. Ich habe meine Meinung vorhin bereits geäußert, und ich stehe nach wie vor dazu. Wenn jetzt von einer Stellenreduktion gesprochen wird, muss klar definiert werden, von was gesprochen wird. Gehen wir von den Stellenerhöhungen aus, die im Stellenplan aufgeführt sind, würde es wieder die Sozialen Dienste betreffen, oder möchte man grundsätzlich bei diesen 109 Stellen bleiben? D.h., bei den Sozialen Diensten die Pensen erhöhen, dafür an einem anderen Ort den Stellenetat kürzen? Kürzen wir den Personalbestand bei den Sozialen Diensten, handelt es sich um ein klassisches "Eigengol", da wir die Kosten für die zusätzliche Stelle vom Bund zurückerstattet erhalten. Die Stellenerhöhung bei den Sozialen Diensten belastet die Stadt nicht, weil der Bund diese entschädigt. Längerfristig profitieren wir, wenn wir die Flüchtlinge gut betreuen. Der Bund kommt während sieben Jahren für die Sozialhilfe der Flüchtlinge auf. Danach müssen die Gemeinden diese berappen. Sind die Flüchtlinge nach sieben Jahren integriert, fallen keine Kosten mehr an. Integrieren wir sie nicht in diesen sieben Jahren, werden wir für die Sozialhilfe aufkommen müssen. Die Stellenerhöhung, welche bei den Sozialen Diensten ansteht, macht sehr wohl Sinn, auch im Hinblick auf späteren Kosten. Also, wenn die GLP die Stellen grundsätzlich beschränken möchte, dann macht den zusätzlichen Satz, dass bei den Sozialen Diensten die Stellenprozente erhöht werden und im Gegenzug in anderen Abteilungen eingespart werden müssen. Ansonsten kann ich den Antrag nicht unterstützen.

Beat Hiller (GLP): Ich unterstütze die Aussage von Marcel Spörri. Ich erwarte vom Stadtrat als operatives Führungsorgan der Firma Stadt Lenzburg, dass er

die Stellen entsprechend unter den Abteilungen verschiebt, damit die dringenden Personalbedürfnisse abgedeckt werden können, die Plafonierung jedoch eingehalten wird. Beispielsweise muss die bei den Sozialen Diensten notwendige Aufstockung durch eine Reduktion in einer anderen Abteilung (z.B. bei der Bauverwaltung) wieder kompensiert werden.

Michael Häusermann (SVP): Lieber Marcel Spörri, du hast uns nun heute Abend bereits zum zweiten Mal belehrt. Dies ist freundlich, aber nicht nötig. Wir sind auch nicht alle Anfänger hier. Wir zielen nicht auf die 50 % Stelle für die Betreuung der Asylanten. Diese Information haben wir auch, dass diese Stelle vom Bund bezahlt wird und dass wir sogar (gemäss Informationen von Michael Gruber) noch etwas "vorwärts" machen. Wir haben klar gesagt, und du musst wirklich gut zuhören, keine Stellenerhöhung. Es ist "lustig", wenn die Stellen nicht erhöht werden, wird das von einigen bereits als Stellenabbau ausgelegt. Vorhin dasselbe bei der Kinderbetreuung. Wenn man nicht erhöht, wird schon von Abbau gesprochen. Wir wollen eine Beibehaltung des Stellenplans, das ist doch kein Abbau. Der Stadtrat muss jedoch interne Verschiebungen vornehmen. Er soll beurteilen, welche Abteilungen mehr oder weniger Personal benötigen. Wir werden den Antrag von Beat Hiller unterstützen. Wir hätten - hätte Beat Hiller dieses Begehren nicht gestellt - einen Antrag eingereicht, der in dieselbe Richtung zielt.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Bevor die Diskussion weitergeht, wäre ich froh, wenn wir diese auf sachlicher Ebene weiterführen könnten.

Linda Kleiner (SP): Es ist nichts Neues, dass wir im Rahmen der Budgetsitzung über die Stellenprozente unserer Verwaltung diskutieren. Wir haben es gehört: Lenzburg ist in den letzten Jahren enorm und schnell gewachsen. Ich bin seit 2006 im Einwohnerrat. Damals zählte Lenzburg 7'731 Einwohner. Die aktuelle Zahl kenne ich nicht, diese müsste aber bei ca. 9'500 bis 10'000 Personen liegen. Dass eine Verwaltung mitwächst, ist wahrscheinlich auch allen klar und es versteht sich, dass diese nicht proportional mitwächst. Die Aufgaben der Verwaltung sind erweitert und umfassender. Wir alle wollen eine höhere Dienstleistungsqualität unserer Verwaltung gewährleisten und keine Einbussen in Kauf nehmen. Jedes Jahr an der Rechnungssitzung diskutieren wir über die Anzahl Überstunden unserer Verwaltung und fordern einen entsprechenden Abbau der Überzeit. Gleichzeitig verlangen wir aber an der Budgetsitzung, dass bei der Verwaltung der Rotstift angesetzt wird. Beide Forderungen kommen mehr oder weniger aus der gleichen Ecke und sind ein Widerspruch. Wir können nicht objektiv beurteilen, wie viele Stellen tatsächlich nötig sind. Die GPFK sieht etwas tiefer in die Verwaltung hinein und weiss, dass es niemandem auf der Stadtverwaltung "langweilig" ist. Ich würde sagen, wir vertrauen unserem Stadtrat, indem wir seinem Stellenbegehren entsprechen.

Stadtammann Daniel Mosimann: Stellenplanveränderungen werden im Stadtrat immer heiss diskutiert und müssen begründet sein. Es gibt, dies kann man auch feststellen, Veränderungen in beide Richtungen. Es wäre schön, wenn dies auch einmal anerkannt würde. Zugegeben, eine Reduktion ist seltener. Aber wir haben beispielsweise beim Regionale Zivilstandsamt Pensen reduziert, nachdem die Geschäftsfälle rückläufig waren. Der Ausbau der Informatik hat sich aber auch auf die Stellenpensen des Steueramts ausgewirkt. Schwierig wird es immer da, wo es um direkten Personenkontakt, Betreuung und Beratung geht. Ich muss die Zahlen trotz allem noch einmal erwähnen: In der laufenden Legislaturperiode ist die Bevölkerung um 13,2 % gewachsen. Im gleichen Zeitraum ist die Verwaltung (für Lenzburg tätige Angestellte) nur um 8 % gewachsen. Mit dieser Zahl kann man nun machen, was man möchte. Es gibt natürlich Einflüsse von aussen, die wir nicht ändern können. Bei der Repol hat einerseits das Ergebnis der Volksabstimmung "Mehr Sicherheit für alle", aber auch die Fusion mit der Repol Seetal zu zusätzlichen Stellen geführt (die von Dritten mitfinanziert werden). Aufgrund der Bautätigkeit mussten zum Ausgleich Parks erstellt werden. Mit der ausdrücklichen Zustimmung des Einwohnerrats haben wir für die Pflege dieser Anlagen zusätzliche Stellen geschaffen. Möchte man diese Parks attraktiv gestalten, so dass sie besucht werden, dann muss man sie pflegen. Konkret angesprochen wurde auch die Bauverwaltung. Grosse Vorhaben, wie die Revision der Bau- und Nutzungsordnung, die Planung des Bahnhofareals und die Testplanung Mülimärt/Erlengut erfordern entsprechende personelle Kapazitäten. Diese Aufgaben müssen wir als Gemeinde wahrnehmen und werden uns vom Kanton nicht abgenommen.

Bezüglich Soziale Dienste möchte ich noch erwähnen, dass wir inzwischen 50 Flüchtlinge betreuen müssen. Dies entspricht ungefähr der uns vom Kanton aufgrund der Bevölkerungszahlen vorgegebenen Aufnahmequote. Diese Menschen werden betreut. Wir haben noch nie gehört, dass wir Probleme mit Flüchtlingen in der Öffentlichkeit haben. Aus diesem Blickwinkel gesehen, darf ich feststellen, dass es sich hier um eine gute Investition handelt.

Es dürfte schwierig sein, einen Leistungsabbau zu verhindern, wenn die dringend benötigten Stellen nicht bewilligt werden. Ich bin ganz klar der Meinung, dass bei einer Personalplafonierung nicht mehr alle Leistungen in der gleichen Zeit und mit der gleichen Qualität erbracht werden können. Wir sind grundsätzlich ein Dienstleistungsunternehmen.

Es wird immer wieder auf private Unternehmen hingewiesen. Dies ist zulässig. Firmen haben einfach den grossen Vorteil, dass sie Abteilungen, die nicht rentieren oder nur noch Kosten verursachen, schliessen können. Wir haben einen öffentlichen Auftrag, den wir wahrnehmen müssen, auch wenn es sich um Aufgaben handelt, die sich nicht rechnen. Der Stadtrat bittet den Einwohnerrat, die beantragten Stellen gemäss Budget und Stellenplan zu bewilligen. Danke.

Andreas Schmid (FDP): Die FDP-Fraktion hat soeben eine Motion eingereicht, mit der eine Überprüfung der Verwaltung verlangt wird. Mit einer vertieften Analyse kann eine Grundlage geschaffen werden, die benötigt wird, um Einsparungen zu realisieren und eine seriöse Debatte zu führen. Völlig unabhängig vom Wahlergebnis des letzten Sonntags ist es mir aus fachlicher Perspektive ein Anliegen, jetzt für diese 50 %-Stelle in der Flüchtlingsbetreuung eine Lanze zu brechen.

2015 hatten wir eine sehr grosse Flüchtlingswelle. Das Staatssekretariat für Migration ist jetzt daran, die Gesuche zu bearbeiten. Wir erhalten nun Entscheidungen betreffend vorläufiger Aufnahme im Asyl oder sogar positive Asylentscheidungen. Wir wissen nun, dass diese Personen bei uns in der Schweiz bleiben. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass man mit diesen Menschen Integrationsarbeit leistet, um sie möglichst rasch unabhängig von der Sozialhilfe zu machen. Die beantragte 50 %-Stelle kostet mit allen Sozialabgaben rund Fr. 60'000.–. Dieses Geld werden wir wieder einnehmen, wenn es dieser Mitarbeiter schafft, jedes Jahr zwei Familien von der Sozialhilfe abzulösen. Wie schon erwähnt, werden diese Personalkosten vom Bund zurückerstattet.

Grundsätzlich befürworte ich auch, dass der Personalbestand nicht immer aufgestockt wird. Man wird die für die Flüchtlingsbetreuung benötigten Personalkapazitäten nicht so schnell bei einer anderen Verwaltungsabteilung abbauen können. (Vielleicht geht aber ein Mitarbeiter in Pension, der nicht mehr 1:1 ersetzt werden muss.) Weil die Betreuungsarbeiten im Asylwesen für mich unverzichtbar sind, kann ich dem Änderungsantrag nicht beipflichten. Ich spreche hier in meinem Namen und nicht im Namen der Fraktion.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wünscht noch jemand das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, werde ich den Änderungsantrag der GLP nochmals vorlesen:

"Wir beantragen bei der Position 30 den Stellenetat auf 109,15 Stellen zu belassen (Stand Budget 2017), mit dem Ziel, den Personalaufwand auf den Totalbetrag von Fr. 17'101'500.– zu kürzen. Wir erwarten eine Optimierung in den Abläufen der Verwaltung unter Einbezug der IT-Hilfsmittel, die zur Verfügung stehen (GEVER, eGov u.a.m.). Dabei dürfen keine Leistungen abgebaut und auch nicht in Form von extern eingekauften Ressourcen ausgelagert werden."

Abstimmung

Der Antrag der GLP-Fraktion zu Pos. 30 "Löhne" der Artengliederung wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen angenommen.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Sind weitere Wortmeldungen zur Erfolgsrechnung, Artengliederung? Wenn dies nicht der Fall ist, kommen wir zur Investitionsrechnung.

11 Investitionsrechnung

Abteilung Informatik, Konto 0223.5060.02

GPFK-Präsident Tobias Ammann: Aufgrund der technischen Schwierigkeiten müssen die über vierjährigen PCs dringend ersetzt werden. Auf Rückfrage, warum 160 Stück beschafft werden, obwohl die Stadt Lenzburg nur 110 Stellen ausweist, wurden wir darauf hingewiesen, dass auch einige Kundenschalter mit PCs ausgerüstet und im Beschaffungspaket zusätzlich 10 Reservegeräte enthalten sind.

Eine weitere Frage in diesem Zusammenhang war, ob ein Benchmark zwischen verschiedenen Gemeinden bezüglich IT-Kosten besteht. Vergleiche mit Zofingen und Buchs haben ähnliche Kostenstrukturen ergeben.

12 Kreditkontrolle

Keine Wortmeldungen.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Wenn niemand mehr das Wort wünscht und keine offenen Fragen sind, hätten wir die Details zum Budget 2018 fertig beraten und kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Unter Berücksichtigung des in der Detailberatung gefassten Änderungsbeschlusses wird mit 27 Ja-Stimmen und 9 Stimmenthaltungen

b e s c h l o s s e n :

Das Budget der Einwohnergemeinde für das Jahr 2018 wird genehmigt und der Steuerfuss auf 105 % (wie bisher, in Berücksichtigung des Steuerfussabtauschs zwischen Kanton und Gemeinden) festgesetzt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 4 lit. c der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum. Die Volksabstimmung findet am 26. November 2017 statt.

5 Aufgaben- und Finanzplanung 2018 bis 2022; Kenntnisnahme

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Den Aufgaben- und Finanzplan nehmen wir lediglich zur Kenntnis, d.h. eine Abstimmung entfällt. Ich übergebe das Wort dem GPFK-Präsidenten, Tobias Ammann.

GPFK-Präsident Tobias Ammann: Gemeinsam mit dem Budget erhalten wir jeweils die Aufgaben- und Finanzplanung der Einwohnergemeinde für die kommenden Jahre. Das aktuelle Dokument umfasst bekanntlich die Jahre 2018 bis 2022. Dieses langfristige Planungsinstrument gibt Aufschluss darüber, welche Projekte bereits im Bau resp. in Bearbeitung sind und was in welchem Zeitplan umgesetzt werden soll. Das Dokument erlaubt dem Stadtrat, die zukünftigen Investitionen nach Notwendigkeit auf einen Zeithorizont zu legen und mit den finanziellen Möglichkeiten der Stadt Lenzburg abzugleichen. Es bestehen Vorhaben, die vorgezogen, während andere nach hinten verschoben werden. Im Zusammenhang mit einer solchen Verschiebung wurden wir vom Stadtrat darauf hingewiesen, dass die Realisierung eines neuen Verwaltungszentrums um ein Jahr nach vorne geschoben werden musste. Der Grund liegt darin, dass die bestehenden Raumprobleme dringend gelöst werden müssen.

Uns Einwohnerräten macht dieses Dokument jedes Jahr wieder bewusst, welche Investitionen noch anstehen. Zudem liegt eine Aufstellung über die zu erwartenden Aufwände und Erträge vor. Diese Zahlen müssen wir natürlich mit Vorsicht geniessen; es handelt sich um Annahmen. Je grösser der Zeithorizont ist, desto schwieriger ist die Beurteilung der tatsächlichen Entwicklung. Wie und wohin sich das Umfeld in den nächsten fünf Jahren verändern wird, können wir heute nicht sagen. Nichts desto trotz gibt uns das vorliegende Dokument eine Tendenz, aus der wir sehr viel erfahren können, beispielsweise in Bezug auf die Entwicklung der Nettoschuld. Was ist mit dem Eigenkapitaldeckungsgrad, der übrigens bei der Stadt Lenzburg sehr positiv ist, und wie sieht es mit dem Selbstfinanzierungsgrad aus? Natürlich lässt die Aufgaben- und Finanzplanung auch Fragen für die Zukunft zu, wie es mit gewissen Investitionen und Projekten aussieht.

Die GPFK hat in der Diskussion zum Finanzplan die Notwendigkeit der Erdbenenertüchtigung des Feuerwehrmagazins angesprochen. Eine Feuerwehr

sollte nach einem Erdbeben noch ausrücken können. Gemäss Auskunft des Stadtrats ist im Investitionsplan ausgewiesen, dass diese zusammen mit der Flachdachsanieierung im Jahr 2020 geplant ist. Ebenfalls wurden wir in diesem Kontext informiert, dass bei den Schulhäusern dasselbe Vorgehen gewählt und jeweils bei Sanierungsmassnahmen auch die Erdbebensicherheit verbessert wird. Abschliessend hat die GPFK noch den Wunsch geäussert, man möge prüfen, ob man zwingende und nicht zwingende Projekte im Investitionsplan entsprechend markieren könne. Der Stadtrat hat uns eine entsprechende Prüfung dieses Begehrens in Aussicht gestellt. Die GPFK begrüsst dieses jährliche Planungsinstrument und dankt allen beteiligten Personen für die umsichtige und seriöse Erstellung. Sie nimmt den Aufgaben und Finanzplan für die Periode 2018 bis 2022 zur Kenntnis.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Tobias Ammann. Die Diskussion ist offen, wem darf ich das Wort geben?

Marcel Spörri (EVP): Wir dürfen vom Finanzplan 2018 bis 2022 Kenntnis nehmen. Mit Spannung beobachte ich von Jahr zu Jahr die Unterschiede bei den Investitionen. Gewisse Vorhaben werden immer wieder nach hinten verschoben. Einige sind schon seit zehn Jahren im Finanzplan aufgeführt, beispielsweise das Rathaus. Interessant ist auch die Prognose der Vermögens- und Schuldenentwicklung. Im Finanzplan 2011 wurde für das Jahr 2016 mit einer verzinslichen Nettoschuld von 22,3 Mio. Franken gerechnet. Effektiv hatten wir Ende 2016 nun eine Schuld von 8,4 Mio. Franken. Können wir also annehmen, dass die für 2022 prognostizierten Zahlen dereinst auch besser ausfallen werden? Weiter ist zu bemerken, dass bei der ganzen Diskussion um die Schulden und Guthaben die Guthaben der Abfall- und Abwasserrechnung nicht berücksichtigt sind. Im Prinzip sind dies Rückstellungen für zukünftige Investitionen, die getätigt wurden und sehr wohl auch einbezogen werden dürfen. Dann sieht es auch erfreulicher aus.

Wie Tobias Ammann bereits erwähnt hat, wird die Verschuldung jedoch zunehmen. Gründe dafür sind - neben dem betrieblichen Defizit - vor allem auch die anstehenden Investitionen. Wir haben bis zum Jahr 2022 Investitionsprojekte von knapp 45 Mio. Franken. Die Nettoschuld steigt um 16 Mio. Franken. So schlecht ist dies nicht. Von diesen 45 Mio. Franken sind 31 Mio. Franken noch nicht einmal beschlossen, darüber können wir noch mitreden. Ob wir die gesamten 31 Mio. Franken "durchwinken", ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sicher. Neben dem Verwaltungszentrum sind auch Strassenbauprojekte wie die Verlängerung der Ringstrasse Nord oder die Spange Süd aufgelistet. Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese neuen Strassen von den Autofahrern benützt werden, um in den Stau auf der Kerntangente zu fahren. Vermutlich ist hier ein umgekehrtes Szenario - das wir aber nicht möchten - realistisch. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass diese Projekte nicht realisiert werden.

Der Stadtrat möchte alle grossen Projekte in den kommenden Jahren ohne Steuerfusserhöhung stemmen, was ich als sehr positiv betrachte. Ich denke, dass wir eine höhere Verschuldung dadurch durchaus in Kauf nehmen können und wenn mit der FDP-Motion noch etwas Licht in das Ganze kommt, geht die Entwicklung in eine gute Richtung. Die EVP-Fraktion dankt den Verfassern des Finanzplans und nimmt ihn zustimmend zur Kenntnis.

Remo Keller (SP): Der Aufgaben- und Finanzplan ist eine rollende Planung. Auch mir fallen die Veränderungen auf. Es ist eine Tatsache, dass eine klare Verschlechterung eintreten wird. Die Ausgangslage hat sich verändert. Wie bereits erwähnt, ist dies auf die anstehenden Investitionen aber auch auf das viel schlechtere betriebliche Ergebnis zurückzuführen. Betrachtet man dieses genauer, sind dies 1,4 Mio. Franken, die wir im Minus sind. In den Vorjahren betrug dieses Minus nur eine halbe Million Franken. Es ist so, und wir haben hier ein Thema, worüber wir sprechen müssen. Die Verschuldung steigt deutlich. Ich möchte aber auch hier, wie häufig an dieser Stelle, betonen: Wir investieren und dafür erhalten wir einen Gegenwert. Dies das eine. Das andere ist, dass im Jahr 2003 mit 38 Mio. Franken die Verschuldung massiv höher war. Rechnen wir die Schulden auf die damalige beziehungsweise auf die aktuelle Einwohnerzahl um, hatten wir 2003 eine pro Kopf Verschuldung von etwas mehr als Fr. 5'000.–. Am Ende des Planungshorizonts beträgt dieser Wert Fr. 2'000.– pro Einwohner. Natürlich ist es viel, aber es ist nicht das Ende der Welt.

Wie immer ist der Investitionsplan sehr spannend. Es gibt Projekte, die nach vorne geschoben wurden, bei denen wir grundsätzlich positiv gestimmt sind, wie beispielsweise das Verwaltungsgebäude. Hier geht man auch in Richtung Effizienzsteigerung. Einige Projekte werden aber noch zu heftigen Diskussionen Anlass geben, wie z.B. Spange Süd. Wir stehen diesem Projekt aktuell spontan sehr kritisch gegenüber.

Andere Gemeinden nutzen die Gelegenheit und verzichten auf den vom Kanton initiierten Steuerfussabtausch. Mit einem gleichbleibenden Steuerfuss erhöhen sie eigentlich die Gemeindesteuern. Wir begrüssen es, dass der Stadtrat von diesem Schritt absieht, ehrlich ist und keine Mogelpackung schnürt. Positiv ist, dass man die Auswirkungen des neuen Lastenausgleichs abwarten will. Es kann jedoch nicht sein, dass wir wie der Kanton anfangen, einfach überall zu sparen und beispielsweise die Stadtverwaltung einfach auch noch "tot sparen". Eine solche Politik können wir von der SP nicht mittragen. Die Motion der FDP-Fraktion - ich konnte sie kurz durchlesen - ist grundsätzlich interessant. Ich denke, es ist der richtige Weg. Gerade deswegen ist es bedauerlich und scheinheilig, dass wir jetzt kurz entschlossen die Stellenbegehren abgelehnt haben. Dies ist aus meiner Sicht ein wirklich krasses Misstrauensvotum gegenüber dem Stadtrat. Dies ist falsch und unberechtigt. Bei allen Befürwortern habe ich vermisst, dass sie konkret aufzeigen, wo gespart werden soll. Man hat zwar Bedauern mit den Sozialen Diensten ausgedrückt, aber nicht festgehalten, wo Stellen zu Gunsten des Sozialwesens eingespart werden können. Nicht

vergessen werden darf, dass das Rechnungsjahr 2018 in vier Monaten beginnt. Kennt jemand die Kündigungsfristen der Stadt Lenzburg und wie eine Entlassung funktioniert? Es wird spannend, und ich denke, es wird nicht ganz so einfach, wie ihr euch das vorstellt. Ich bin gespannt, was die Motion der FDP ergibt. Ich denke, dass wir diese Motion werden überweisen können. Nachher werden wir über mehr Informationen verfügen und eine bessere und sinnvollere Diskussion führen können. Ich denke, hier werden wir in Zukunft mehr und fachliche Diskussionen führen müssen. Wir werden auch klar Bedürfnisse definieren müssen, was und wie wir dies wollen. Wir müssen als Einwohnerrat auch mehr Guideline geben und nicht nur den Schwarzen Peter dem Stadtrat zuschieben. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Remo Keller. Wem darf ich weiter das Wort geben? Wenn dieses nicht gewünscht wird, dann können wir die Diskussion wieder schliessen. Wie bereits erwähnt, gibt es hier keine Abstimmung. Die Aufgaben- und Finanzplanung 2018 - 2022 wird zur Kenntnis genommen. Ich danke dem Stadtrat noch einmal für die grosse Arbeit.

6 Niederlenzer Kirchweg, Sanierung Kanalisation; Verpflichtungskredit

Sprecher der GPFK ist Remo Keller (SP): Dies ist das schwierigste Traktandum des heutigen Abends, vor allem zum Vorbereiten, da es in der GPFK einstimmig und ohne ein einziges Votum angenommen wurde. Was soll ich nun hier sagen? (Heiterkeit) Es ist unbestritten, dass die Sanierung der Kanalisation des Niederlenzer Kirchwegs notwendig ist. Die Kosten belaufen sich auf Fr. 178'000.-. Die GPFK empfiehlt einstimmig, den Kredit zu genehmigen.

Einwohnerratspräsidentin, Marianne Tribaldos: Danke, Remo Keller. Die Diskussion ist eröffnet. Wem darf ich das Wort erteilen. Wenn das Wort nicht gewünscht wird, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 30. August 2017 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat stimmt dem Projekt für die Sanierung der Kanalisation des Niederlenzer Kirchwegs zu und bewilligt für die Ausführung des Vorhabens zu Lasten der Abwasserrechnung einen Verpflichtungskredit von Fr. 178'000.–, inkl. teuerungsbedingten Mehrkosten.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 6. November 2017 ab.

7 Hintere Kirchgasse, Sanierung Teil Süd; Verpflichtungskredit

GPFK-Sprecher ist Rudolf Baumann (SVP): Auch bei der Sanierung der Hinteren Kirchgasse Süd konnte die GPFK einen einstimmigen und positiven Beschluss fassen. Ich habe noch einen Augenschein vor Ort durchgeführt. Als ich ein Kind war, war diese Strasse mein Spielplatz. Die angrenzenden Abschnitte sind saniert. Einzig der Abschnitt Süd ist noch in einem sehr desolaten Zustand, und es ist kein Luxus, ihn zu sanieren, auch wenn nicht viele Autos dort zirkulieren. Es wäre wünschenswert, wenn auch die Parkplätze bei der Kantonalbank in Ordnung gebracht würden. Dies kann ich natürlich nur wünschen, da diese Parkplätze im Privatbesitz sind und die Besitzerin über eine allfällige Sanierung entscheidet. Wie erwähnt, stimmt die GPFK einstimmig für den Verpflichtungskredit, ebenso wie die Fraktion der SVP/BDP.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Rudolf Baumann. Die Diskussion ist eröffnet, wem darf ich das Wort erteilen? Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 30. August 2017 wird einstimmig, bei zwei Stimmenthaltungen,

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat stimmt der Sanierung der Hinteren Kirchgasse, Teil Süd, zu und bewilligt für die Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von Fr. 100'000.–, inkl. Mehrwertsteuer.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 6. November 2017 ab.

8 Reglement über die Gebühren in Brandschutzangelegenheiten, für Feuerungskontrolle und Feuerschau; Revision

Sprecher der GPFK ist François Kuhlen (FDP): Es wird eine Weile dauern, bis ich alle Blätter zu diesem Traktandum vorgelesen habe. (Heiterkeit) Der Grund für die Revision sind technische Rechtsgrundlagen, die sich für den Brandschutz geändert haben. Dieses Reglement wurde mit Unterstützung von Herrn Regli ausgearbeitet. Dies war aus Sicht der GPFK störend, da Herr Regli auch gleichzeitig Feuerschauer ist. Andererseits hat man uns jedoch versichert, dass das Bauamt federführend und Herr Regli nur beratend mitarbeitete. Daher können wir dem Reglement zustimmen. Auch ist es so, dass die Aufgaben selber nicht unbedingt von Herrn Regli durchgeführt werden müssen, dies können auch andere Personen. Die Honorare sind immer im Zusammenhang mit Bauvorhaben, und diese sind ein so geringer Teil der Gesamtkosten, dass es sich nicht lohnt, noch länger darüber zu diskutieren. Die GPFK hat der Vorlage einstimmig zugestimmt.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, François Kuhlen. Die Diskussion ist eröffnet. Wem darf ich das Wort erteilen? Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 23. August 2017 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt das überarbeitete "Reglement über die Gebühren in Brandschutzangelegenheiten, Feuerungskontrollen sowie Feuerschau" der Stadt Lenzburg.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 6. November 2017 ab.

9 Feuerwehr; Reglement über die Entschädigung von Einsatzkosten der Feuerwehr Lenzburg-Ammerswil-Staufen (Gebührenreglement); Revision

Sprecher der GPFK ist François Kuhlen (FDP): Bei der Feuerwehr Lenzburg hat sich seit der letzten Revision sehr viel verändert, u.a. wurde die Fusion mit den Feuerwehren von Ammerswil und Staufen realisiert. Im Wesentlichen geht es um die Anpassung der Verrechnung von Einsatzkosten, insbesondere bei Fehlalarmen. Als ehemaliger Vizekommandant der Feuerwehr weiss ich, wie frustrierend es ist, mitten in der Nacht wegen eines Fehlalarms ausrücken zu müssen. Es ist richtig, dass die Kosten angepasst werden. Auf der anderen Seite haben wir festgestellt, dass diese nicht kostendeckend sind (trotz Anpassung). Betriebe, die davon betroffen sind, stellen aber auch Feuerwehrleute zur Verfügung. Wenn diese dann oft zu Fehlalarmen aufgeboten werden und die Firmen sehr viel mehr bezahlen müssen, stösst dies nicht auf sehr grosse Begeisterung. Ich denke, die vorgeschlagenen Kosten sind so gerechtfertigt. Die GPFK hat dem Reglement einstimmig zugestimmt.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, François Kuhlen. Die Diskussion ist eröffnet. Wem darf ich das Wort erteilen? Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 7. September 2017 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat stimmt dem revidierten Reglement über die Entschädigung von Einsatzkosten der Feuerwehr Lenzburg-Ammerswil-Staufen zu.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 6. November 2017 ab.

10 Lichtsignalanlage Ringstrasse West/Zeughausstrasse; Kreditabrechnung

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wie schön, dass diese Lichtsignalanlage fertig ist, in neuem Glanz erstrahlt und erst noch billiger war als geplant. GPFK-Sprecherin ist Linda Kleiner.

Sprecherin der GPFK ist Linda Kleiner (SP): Beat Hiller und ich haben die Kreditabrechnung Lichtsignalanlage Ringstrasse West/Zeughausstrasse kontrolliert. Sämtliche Belege sind richtig kontiert und verbucht. Die Rechnung schliesst mit einem Aufwand von Fr. 267'385.05 und somit mit einem Minderaufwand von 21,36 % oder Fr. 72'614.95 unter dem von uns bewilligten Kredit ab. Dies dank günstigeren Vergaben und der Kostenübernahme für den Anschluss an den Kantonalen Verkehrsrechner durch den Kanton. Seitens GPFK gibt es keine Beanstandungen und wir beantragen einstimmig, die Kreditabrechnung gutzuheissen.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Linda Kleiner. Die Diskussion ist eröffnet. Wem darf ich das Wort erteilen? Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 23. August 2017 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung für die Sanierung der Lichtsignalanlage Ringstrasse West/Zeughausstrasse, schliessend mit Aufwendungen von Fr. 267'385.05.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 6. November 2017 ab.

11 Umfrage

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wir kommen zu Punkt 11 der Tagesordnung, nämlich zur Umfrage. Wird das Wort gewünscht?

Verkehrssicherheit

Daniel Blaser (CVP): Ich habe nur eine kurze Anfrage bezüglich Verkehrssicherheit. Es wurde uns von besorgten Eltern mitgeteilt, dass es auf der Kreuzung Aavorstadt/Seonerstrasse schon mehrmals beinahe zu einem Unfall kam. Das Problem besteht darin, dass die Lichtsignalanlage für die Fussgänger, welche aus Richtung Altstadt kommen und die Kernumfahrung überqueren als auch die Autofahrer, die in diese Umfahrung einmünden, gleichzeitig grün zeigt. Auswärtige Automobilisten beachten die Fussgängersignalisation häufig nicht. Besonders für die Schulkinder ist die Situation gefährlich. Die meisten Kinder haben das Gefühl, wenn die Ampel auf Grün steht, könnten sie sicher die Strasse überqueren und achten nicht auf die abbiegenden Fahrzeuge. Es wäre schön, wenn diesbezüglich rasch etwas unternommen würde, bevor jemand zu Schaden kommt.

Brigitte Vogel (SVP): Zuerst möchte ich den Medienvertretern danken, dass sie uns nicht auch noch verlassen haben. Eigentlich ist es traurig, dass wir unter faktischem Ausschluss der Öffentlichkeit hier tagen und alle Mitbewohnerinnen und Mitbewohner von Lenzburg (ausser Corinne Ballhaus) auf die Medienschaffenden angewiesen sind, um zu erfahren, was wir hier debattieren und beschliessen sowie wer wem den Schwarzen Peter zuschiebt. (Ich weiss nicht, ob man diesen Begriff noch verwenden darf.) Mit unserem Beschluss haben wir uns wohl selber den Schwarzen Peter zugespield und den Stadtrat entlastet, da er unseren Beschluss nur ausführen muss. Vielleicht löst ja die Motion eine gewisse Dynamik aus.

Sie haben alle noch kleine, feine Sachen auf den Tischen, mit kurzen Anfahrtswegen. Da wir Energiestadt sind, bitte ich die Verantwortlichen, in Zukunft keine Mineralwasserflaschen einzukaufen, die aus dem Ausland in die Schweiz transportiert werden müssen.

Ratsweibel Marcel Wattinger: Ich habe den kurzen Anfahrtsweg eingehalten und rasch beim Denner Wasser eingekauft. Leider hat mir heute die Zeit

gefehlt, um wie üblich bei Lüem Weine und Getränke AG, Hendschiken, einheimisches Mineralwasser zu besorgen. Ich bin bemüht, nächstes Mal wieder Schweizer Wasser zu kaufen und nicht mehr solches aus Italien.

10'000 Einwohner

Stadtammann Daniel Mosimann: Ich werde mich nochmals wiederholen. (Michael Häusermann, du kannst ja weghören.) Die Stadt wächst. Wir werden im Herbst 10'000 Einwohner erreichen. Wir wollen dies mit der Bevölkerung zusammen **am Freitag, 24. November 2017, ab 18.30 Uhr bis ca. 21.30 Uhr**, feiern. Mit einem Volksaperitif im neuen Quartier im Lenz soll gefeiert werden, dass Lenzburg nicht nur ein historisches Stadtrecht besitzt, sondern nun auch bevölkerungsmässig als Stadt gilt. Dies als Vorabinformation. Nach den Herbstferien gibt es mehr Informationen.

Schlusswort

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wir hatten heute eine Menge Traktanden zu bewältigen und ich freue mich, dass wir es geschafft haben. Die Bewilligung des Budgets gehört sicher zu den vornehmsten Aufgaben eines Parlaments. Den historischen Exkurs dazu erspare ich mir, aber auch nur, weil die Zeit schon fortgeschritten ist. Dass es dazu verschiedene Meinungen gibt, ist natürlich völlig in Ordnung und tatsächlich auch unsere Aufgabe. Die Formulierung dieser verschiedenen Meinungen hilft auch unserem Stadtrat, die Sache so zu machen, dass sie nachher auch mehrheitsfähig ist, unabhängig davon, ob einem das freut oder nicht. Einen herzlichen Dank für die grosse Arbeit an unseren Stadtrat.

Das nächste Mal sehen wir uns am 1. Dezember 2017. Die Vorbereitungen zum Schlussabend laufen auf Hochtouren. Dazwischen liegen aber noch die Einwohnerratswahlen. Dies bedeutet für alle Ratsmitglieder viel Arbeit. Wahrscheinlich wird es auch hier Veränderungen geben, aber dem sollten wir positiv entgegensehen, denn die gewonnene Erfahrung kann auch bei Nichtwiederwahl ein positives Ereignis im Leben sein. Wer sich einer Wahl stellt, trägt etwas dazu bei, dass unsere Demokratie lebendig bleibt. Ich hoffe, dass die Wahlen alle für Sie so ausfallen, wie Sie es sich wünschen (was natürlich nicht möglich ist, aber wünschen darf man ja). Ehe ich es vergesse, ein Gruss und Dank an die Hühner von Myrtha Dössegger im Wildenstein für die den Anwesenden geschenkten Eier. Die Sitzung ist geschlossen. (Applaus)

Schluss der Sitzung: 22.50 Uhr

NAMENS DES EINWOHNERRATS

Die Präsidentin:

Der Protokollführer:

Abgabe / Zustellung an die Einwohnerräte:

16. Februar 2018

Zustellung an die übrigen Empfänger:

16. Februar 2018